

NEWSLETTER 02 (Dezember 2008)

des Wissenschaftlichen Beirates von Attac Deutschland

Inhalt

Protokoll 19. Sitzung Wissenschaftlicher Beirat (14.11.2008 in Hannover)	1
Mitgliedsbeiträge	4

Anhang

Mitgliederliste WB Attac (Stand November 2008)	
Einzugsermächtigung	
Entwurf Finanzkrisen-Reader (Stand Oktober 2008)	
Entwurf Eigentums-Reader (Stand November 2008)	
Informationen Kapitalismus-Kongress 2009 (Stand Dezember 2008)	
Anfrage Europa AG Attac	
Konzeptpapier zur Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkommission in Kopenhagen 2009 (Ulrich Brand)	
Hinweis auf Reader WB Attac zum Klimawandel: Elmar Altvater/Achim Brunnengräber (Hrsg.): Ablasshandel gegen Klimawandel. VSA 2008	
Hinweis auf Veröffentlichung Europa in Kooperation mit WB Attac: Regina Viotto/Andreas Fissahn (Hrsg.): Europa am Scheideweg. VSA 2008	
Hinweise auf neue Veröffentlichungen von Mitgliedern des WB Attac (nach vorliegenden Infos)	

Protokoll des 19. Treffens des wissenschaftlichen Beirats von Attac am 11. November 2008, Pavillon Hannover

Anwesend:

Bettina Lösch (Protokoll), Wolfram Schaffar, Ingrid Lohmann, Heide Gerstenberger, Klaus Meschkat, Gerd Siebecke, Andreas Fisahn, Isidor Wallimann, Thomas Sauer, Tanja von Egan-Krieger, Christian Christen, Wolfgang Neef, Ralf Ptak, Silke Ötsch, Sabine Leidig (Gast)

Nächste Termine:

- 20. Beirats-Treffen im Frühjahr 2009 (Termin und Ort werden noch bekanntgegeben)
- 21. Beirats-Treffen bei der Attac-Sommerakademie (voraussichtlich Anfang August 2009 in Karlsruhe)

1. Interner Workshop „Globalisierung und Bildung“

Interner Workshop zu Globalisierung und Bildung mit Vorträgen von Ralf Ptak (Universität Köln) und Ingrid Lohmann (Universität Hamburg) sowie anschließende Diskussion

Ingrid Lohmann und Ralf Ptak planen eventuell einen Reader zum Thema

2. Bericht von Sabine Leidig, Geschäftsführerin Attac-Bundesbüro

Bitte von Sabine Leidig, die Beiträge von dem Workshop zu Globalisierung und Bildung auf die homepage zu stellen, damit sie anderen Attacies zugänglich sind

Hinweis vom wiss. Beirat, dass Homepage (seit Jahren) nicht funktioniert, Sabine Leidig setzt das Problem in ihrer Arbeitsliste nach oben

Bildungsthema eventuell bei SoAk vom wiss. Beirat anbieten

Sabine Leidig berichtet über Schwerpunktthemen bzw. Kampagnen bei Attac sowie über „strategische Neuorientierung von Attac angesichts der Finanzkrise“

Zuarbeit von Mitgliedern des wiss. Beirates zur Finanzmarktkrise-Gruppe wäre hilfreich, da diese in Anfragen versinken

Wie kann der wiss. Beirat sich stärker in die derzeitige Diskussion um die „Krise“ einbringen? Welche Initiativen aus dem Beirat sind möglich?

3. Reader zur Finanzkrise

Silke Ötsch und Thomas Sauer stellen den Reader zur Finanzkrise vor; Anfragen zur Mitarbeit sind bereits über den Beiratsverteiler gelaufen; weitere Anfragen kommen eventuell direkt von den Herausgeber/innen; zeitliche Zielsetzung ist, dass der Reader bereits zum Kapitalismuskongress im März 2009 erscheint – Einhaltung dieses Zieles ist aber noch unsicher (siehe Anhang).

4. Resolutionen von Attac zur Finanzkrise

Resolutionen von Attac zur Finanzkrise wurden zur Kenntnis genommen. Silke Ötsch gibt Anregungen weiter, eine der Resolutionen nochmal sprachlich zu überarbeiten

5. Kapitalismus-Kongress 2009

Kapitalismus-Kongress: hier wurde Kritik geäußert, dass der wiss. Beirat nicht stärker in die konzeptionelle Vorbereitung eingebunden war. Kritik wurde von Sabine Leidig zurückgewiesen, da jede/r die Möglichkeit der Beteiligung gehabt hätte. Schlechte Informationspolitik wurde beklagt: einerseits ist der wiss. Beirat von sonstigen Attac-Strukturen weitestgehend abgekoppelt; andererseits wäre beratende Funktion des Beirates häufig gefragt; Dilemma wurde angesprochen, aber noch keine Lösung gefunden; wiss. Beirat müsste Person finden, die an den Ratssitzungen teilnimmt (eventuell Wolfgang Neef); außerdem war niemand vom Ko-Kreis anwesend (siehe Anhang).

5. Bericht Europäische Sommerakademie August 2009

Berichte von der europäischen Soak von Thomas Sauer und Wolfram Schaffar; Bettina Lösch gibt zur Kenntnis, dass Projektantrag zu „Body of Knowledge“ von Seiten der RLS abgelehnt wurde; Vorschlag eventuell andere Geldgeber anfragen wie Heinrich Böll Stiftung

6. EU-Resolution

EU-Resolution soll an die EU-Arbeitsgruppe des wiss. Beirates weitergeleitet werden, damit diese dazu Stellung nimmt bzw. Anregungen weitergibt (siehe Anhang).

7. Reader-Eigentum

Andreas Fisahn macht noch einmal eine gezielte Anfrage samt konkretem Zeitplan über Mailingliste bzw. fragt einzelne Autoren/innen an; falls Reader nicht realisierbar ist, dann eventuell Attac Basistext zum Thema (siehe Anhang).

8. Positionsfindung des WB zur Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkommission in Kopenhagen

Papier von Ulrich Brand wird zur Kenntnis genommen; eventuell Vorlage für kurze Stellungnahme nächstes Jahr – hierzu sollte Uli Brand angefragt werden, ob er Vorlage erstellt (siehe Anhang).

9. Zusammenarbeit mit IG Metall (Tagesordnung der zivilgesellschaftlichen Bewegungen)

Kurzer Bericht dazu von Bettina Lösch

10. Stand Reader zur Kritik der Entwicklung der Wissenschaft

Über die Mailingliste des Beirates wird Link zu einem aktuellen Text von Alex Demirovic auf der BdWi homepage verschickt.

11. Planung Workshops des WB Attac für 2009

Interner Koordinierungskreis plant für Mai (7./8./9.) ein Treffen in Frankfurt/Main – eventuell bei der IG Metall. Zu einem längeren Beiratstreffen sollen Leute von der IG Metall, der GEW, dem Bundesbüro von Attac und andere Kooperationspartner eingeladen werden. Vorbereitung übernimmt interner Koordinierungskreis

11. Neuaufnahmen

Silke Ötsch wurde von Thomas Sauer und Christian Christen vorgeschlagen und aufgenommen.

Aktuelle Liste der Mitglieder des WB von Attac

Im Anhang findet sich die aktuelle Liste der Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Die Angaben über einige wenige Mitglieder (in rot gesetzt) sind aber leider noch unvollständig. Falls jemand die aktuellen Emails dieser KollegInnen hat, würde ich mich über eine kurze Nachricht sehr freuen (bitte an stefan.th@snafu.de).

Mitgliedsbeiträge

Um die Arbeit des Wissenschaftlichen Beirates zu erhalten und weiter auszubauen (Koordination, Aktualisierung der Website, Zuschüsse zu Fahrtkosten für einzelne Mitglieder, Zuschüsse zu internen Treffen etc.) ist der Eingang der Mitgliedsbeiträge unverzichtbar.

Insofern die dringende Bitte an alle Mitglieder, deren Beiträge für 2008 noch ausstehen, die entsprechende Summe einzuzahlen.

Und an alle Mitglieder auch die Bitte, gerne die Beiträge für 2009 schon jetzt bzw. im Januar 2009 einzuzahlen.

Mit der Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Beirat von Attac erklärt sich das Mitglied einverstanden, einen Jahresbeitrag zu zahlen. Folgende gestaffelte Beiträge wurden vereinbart:

30€ für Arbeitslose, prekär Beschäftigte etc.; 60 € für Berufstätige und Menschen mit regelmäßigem Einkommen und 100€ Royal

Bitte per Einzugsermächtigung (Vordruck siehe Anhang) oder direkt einzahlen

Kontoinformationen

Attac-Trägerverein e.V.

Kontonummer. 6007 726 101

BLZ: 430 609 67 (bei der GLS-Bank)

Stichwort: Mitgliedsbeitrag WB Attac Jahr 2008 (oder 2009)

Wegen Spendenbescheinigungen:

Spenden bis 100,00 € können einfach mittels Einzahlungsbeleg oder Kontoauszug der Bank steuerlich geltend machen. Erst ab einer Spendenhöhe von 100, 01 € ist die Vorlage einer amtlichen Spendenbescheinigung erforderlich. Diese wird in diesem Falle vom Attac-Bundesbüro versandt. Um das zu beschleunigen, gerne eine kurze Nachricht an Stefan Thimmel (stefan.th@snafu.de) mit Angabe der Summe und Postadresse. Dann fordere ich das direkt vom Bundesbüro ein.

Mitglieder Wissenschaftlicher Beirat Attac Deutschland

(Aktuell eingetragen auf Website Stand Ende November 2008)

! Bei nicht mehr aktuellen Angaben bitte ich um eine Rückmeldung, ebenso um Unterstützung bei der Komplettierung der Liste (bei den in rot gesetzten Mitgliedern fehlt leider eine aktuelle Email-Adresse)

1.	Aithal, Vatsalah	aithal@em.uni-frankfurt.de
2.	Altwater, Elmar	altwater@zedat.fu-berlin.de
3.	Barth, Regine	r.barth@oeko.de
4.	Bauriedl, Thea	bauriedl.woelpert@t-online.de
5.	Bernhard, Armin	Armin.bernhard@uni-due.de
6.	Bertram, Rolf	bertramrolf@aol.com
7.	Bieling, Hans-Jürgen	bieling@mailier.uni-marburg.de
8.	Biesecker, Adelheid	bie@uni-bremen.de
9.	Borchert, Jürgen	juergen.borchert.hd@t-online.de
10.	Boris, Dieter	boris@mailier.uni-marburg.de
11.	Brand, Ulrich	ulrich.brand@univie.ac.at
12.	Braunmühl von, Claudia	cvb@zedat.fu-berlin.de
13.	Brie, Michael	brie@rosalux.de
14.	Brodbeck, Karl-Heinz	
15.	Brunnengräber, Achim	priklima@zedat.fu-berlin.de
16.	Buntenbach, Annelie	annelie.buntenbach@dgb.de
17.	Büscher, Martin	m.buescher@kircheundgesellschaft.de
18.	Bust-Bartels, Axel	bust-bartels@web.de
19.	Butterwegge, Christoph	apo18@uni-koeln.de
20.	Christen, Christian	cc001@web.de
21.	Däubler, Wolfgang	daeubler@uni-bremen.de

22.	Demirovic, Alex	demirovic@em.uni-frankfurt.de
23.	Deppe, Frank	deppe@mailers.uni-marburg.de
24.	Dörre, Klaus	klaus.doerre@uni-jena.de
25.	Duchrow, Ulrich	ulrich.duchrow@wts.uni-heidelberg.de
26.	Dürmeier, Thomas	thomas_duermeier@web.de
27.	Düx, Heinz	
28.	Ebenhöh, Eva	eebenhoe@usf.Uni-Osnabrueck.DE
29.	Egan-Krieger von, Tanja	tanja.egan@uni-greifswald.de
30.	Fisahn, Andreas	Andreas.fisahn@uni-bielefeld.de
31.	Gerstenberger, Heide	gerstenb@uni-bremen.de
32.	Goepel, Maja	maja.goepel@web.de
33.	Gottschlich, Daniela	daniela.gottschlich@lycosxxl.de
34.	Greffrath, Mathias	greffrath@aol.com
35.	Greven, Thomas	tgreven@zedat.fu-berlin.de
36.	Grottian, Peter	pgrottia@zedat.fu-berlin.de
37.	Haug, Frigga	frigghaug@aol.com
38.	Haug, Wolfgang Fritz	wfh@inkrit.org
39.	Hein, Wolfgang	hein@duei.de
40.	Heise, Arne	arne.heise@wiso.uni-hamburg.de
41.	Helfrich-Bernal, L. M.	helfrich-bernal@soz.uni-frankfurt.de
42.	Hengsbach, Friedhelm	hengsbach@jesuiten.org
43.	Hensche, Detlev	
44.	Hessler, Stephan	s.hessler@soz.uni-frankfurt.de
45.	Hickel, Rodolf	hickel@uni-bremen.de
46.	Hoffmann, Rasmus	hoffmann@demogr.mpg.de

47.	Huffschmid, Jörg	huffschmid@ewig.uni-bremen.de
48.	Hummel, Hartwig	hummel@phil-fak.uni-duesseldorf.de
49.	Karrass, Anne	annekarrass@web.de
50.	Katz, Christine	
51.	Klimenta, Harald	klimenta@attac.de
52.	Knobloch, Clemens	knobloch@germanistik.uni-siegen.de
53.	Köppen, Margit	margit.koeppen@igmetall.de
54.	Kößler, Reinhart	r-koessler@gmx.de
55.	Krüger, Lydia	
56.	Krysmanski, H.-J.	kryzman@uni-muenster.de
57.	Kurz-Scherf, Ingrid	kurz-scherf@mailier.uni-marburg.de
58.	Leggewie, Claus	Claus.Leggewie@zmi.uni-giessen.de
59.	Lessenich, Stephan	Stephan.Lessenich@uni-jena.de
60.	Lohmann, Ingrid	lohmann@erzwiss.uni-hamburg.de
61.	Lösch, Bettina	bettina.loesch@uni-koeln.de
62.	Lötzer, Ulla	ulla.loetzer@web.de
63.	Mahnkopf, Birgit	mahnkopf@fhw-berlin.de
64.	Massarrat, Mohssen	mohssen.massarrat@uos.de
65.	Meschkat, Klaus	meschkat@ish.uni-hannover.de
66.	Meueler, Erhard	
67.	Mez, Lutz	umwelt1@zedat.fu-berlin.de
68.	Müller-Plantenberg, Urs	mueller@ipn.de
69.	Neef, Wolfgang	neef@zek.tu-berlin.de
70.	Neelsen, J.P.	neelsen@wanadoo.fr
71.	Oels, Angela	mail@angelaels.de

72.	Oswalt, Walter	walteroswalt@aol.com
73.	Paech, Norman	npaech@t-online.de
74.	Petschow, Ulrich	ulrich.petschow@ioew.de
75.	Pflüger, Tobias	mail@tobias-pflueger.de
76.	Plotnitz von, Rupert	
77.	Ptak, Ralf	ralf.ptak@uni-koeln.de
78.	Pye, Oliver	oliver.pye@uni-bonn.de
79.	Rehmann, Jan	
80.	Reinicke, Helmut	
81.	Reitzig, Jörg	j.reitzig@t-online.de
82.	Rilling, Rainer	rilling@rosalux.de
83.	Roth, Roland	roland.roth@hs-magdeburg.de
84.	Röttger, Bernd	bernd.roettger@ruhr-uni-bochum.de
85.	Rucht, Dieter	
86.	Rügemer, Werner	wer_ruegemer@web.de
87.	Sablowski, Thomas	sablowski@soz.uni-frankfurt.de
88.	Sachs, Wolfgang	wolfgang.sachs@wupperinst.org
89.	Sack, Detlef	desack@uni-kassel.de
90.	Sauer, Thomas	thomas.sauer@bw.fh-jena.de
91.	Schäfer, Claus	claus-schaefer@boeckler.de
92.	Schaffar, Wolfram	wolfram.schaffar@gmx.de
93.	Scherrer, Christoph	scherrer@uni-kassel.de
94.	Schmidt, Ingo	ischmid@gwdg.de, ischmidt@shaw.ca
95.	Schneider, Michael	
96.	Schratzenstaller, Margit	margit.w.schratzenstaller@wirtschaft.uni-giessen.de

97.	Schui, Herbert	herbert.schui@t-online.de
98.	Siebecke, Gerd	Gerd.siebecke@vsa-verlag.de
99.	Skarpelis-Sperk, Sigrid	
100.	Spindler, Susanne	spindler@uni-koeln.de
101.	Steffens, Gerd	gesteff@uni-kassel.de
102.	Storim, Fritz	fritz.storim-global@web.de
103.	Thimmel, Stefan (Koordination)	Stefan.th@snafu.de
104.	Uriona, Viviana	viviana.uriona@attac.de
105.	Vester, Michael	
106.	Vilmar, Fritz	
107.	Vinz, Dagmar	vinz@zedat.fu-berlin.de
108.	Wahl, Peter	peter.wahl@weed-online.org
109.	Walk, Heike	walk@ztg.tu-berlin.de
110.	Wallimann, Isidor	isidor.wallimann@tele2.ch
111.	Wichterich, Christa	christawic@aol.com
112.	Winterfeld, Uta von	uta.winterfeld@wupperinst.org
113.	Wolf, Winfried	redmole@gmx.net
114.	Wolf, Frieder Otto	fow@snafu.de
115.	Young, Brigitte	byoung@uni-muenster.de

Attac Bundesbüro
c/o Anneli Syyslahti
Münchener Straße 48
D-60329 Frankfurt am Main

Einzugsermächtigung

für den Mitgliedsbeitrag im wissenschaftlichen Beirat von Attac

Hiermit erteile ich Attac e.V. bis auf Widerruf eine Einzugsermächtigung für den Mitgliedsbeitrag im wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Ich bezahle einen Mitgliedsbeitrag in Höhe von:

- EUR 30,- pro Jahr für Arbeitslose, prekär Beschäftigte etc.
- EUR 60,- pro Jahr für Berufstätige und Menschen mit regelmäßigem Einkommen,
- EUR 100,- pro Jahr Royal
-pro Jahr (Sonstiger Betrag)

Meine Bankverbindung lautet:

Konto-Nr.:

Name des Kreditinstituts:

Bankleitzahl:

Meine Adresse (für Spendenquittung bei Beiträgen über 100 Euro)

Name, Vorname:

Straße:

PLZ und Ort:

Ort, Datum

Unterschrift

Entwurf (Stand: 22.10.2008)

Finanzkrisen-Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac

Koordination des Readers

Thomas Sauer (Thomas.Sauer@e4globe.org) für den wissenschaftlichen Beirat

Silke Ötsch (silke.oetsch@attac.de) für die Finanzmarkt-AG

Vorschlag Arbeitstitel

„Das Casino schließen: Analysen, Alternativen und Strategien zur Finanzkrise“

Annahme zur Zielgruppe

Es besteht eine große Nachfrage nach Information, Analysen und Alternativen bei Aktivisten und Interessierten von Attac und einer breiten Öffentlichkeit.

Zielstellung

Der Reader soll möglichst schnell und wissenschaftlich fundiert zur Klärung und Erklärung der Attac-Positionen in der aktuellen Finanzkrise beitragen.

Attac hatte seit der letzten großen Finanzkrise (in Südostasien 1997/98) die Rolle der Cassandra übernommen und die Gefahren unkontrollierter Finanzmärkte immer wieder beschworen. Nun ist die Finanzmarkt-Kritik scheinbar im politischen Mainstream angekommen, sogar die Attac-Forderung nach einem „Neuen Bretton Woods“ wird auf die politische Agenda gesetzt. Der Finanzkrisen-Reader des wissenschaftlichen Beirats von Attac bringt Licht in den Nebel des aktuellen Medien- und Politikspektakels, analysiert die Ursachen der aktuellen Finanzmarktkrise und die Diskurs- und Handlungsstrategien der Akteure, entwickelt Alternativen als Bezugspunkte einer wirksamen Umgestaltung des Finanzsystems und zeigt Strategien eines Systemwandels auf, in dem soziale Sicherheit und Gerechtigkeit sowie nachhaltige Entwicklung im Zentrum des Wirtschaftens stehen.

Zeitraumen und Umfang

Der Reader soll im ersten Quartal 2009 erscheinen, ca. 200 Seiten Umfang haben und ausschließlich aktuelle Originalbeiträge wissenschaftlicher Qualität enthalten (nebst Dokumentation der wichtigsten Positionspapiere von Attac), die bis zum 5. Januar 2009 im ersten Entwurf vorliegen müssen; Redaktionsschluss ist der 2. Februar 2009.

Fragestellung und Vorgehensweise

Was sind die Attac-Vorschläge für ein neues Finanzmarktsystem?

Wie sind diese Vorschläge begründet, wie können sie Wirklichkeit werden und welche Verbesserungen würde ihre Umsetzung bringen?

Der Reader soll dazu beitragen, dass die Kernforderungen von Attac in der aktuellen Finanzmarktkrise wohl begründet und gut fokussiert sind. Vor allem sollen die im politischen Mainstream vernachlässig-

ten Dimensionen der Finanzkrise beleuchtet werden: z.B. die hohen Kosten mangelhafter internationaler Koordination und Kooperation bei Finanzmarktaufsicht und Krisenbekämpfung (Wettbewerb um das teuerste nationale Rettungspaket) und das Fehlen eines „Schutzschirmes“ für den Sozialstaat bzw. für das Europäische Sozialmodell angesichts hoher Krisenlasten für die Staatshaushalte.

Gliederungsentwurf (mögliche Themen, bitte ergänzen)

1 Analysen und Lernprozesse

- 1.1 Die aktuelle Finanzkrise: Wiederkehr des immer Gleichen oder Krise des Finanzsystems?
- 1.2 Gewinner und Verlierer des Finanzmarktkapitalismus bei Boom und Crash [Honorare, Boni und Gebühren: Die Rolle der Finanzelite].
- 1.3 Die Hebel der Politik: Deregulierung und Re-Regulierung des Finanzmarktsektors.
- 1.4 Globale Finanzmärkte – europäisches Geld – nationale Bankaufsicht: die Kosten mangelhafter Kooperation [Sind Zentralbanken, Bafin, BIZ, FSF, Ecofin, IWF, WB.... fähig bei einer Finanzkrise dieses Ausmaßes den Kollaps zu verhindern?].
- 1.5 Die Rolle internationaler Finanzinstitutionen in der Krise und bei der Finanzmarktregulierung.
- 1.6 Rendite-Steinbruch, ohne „Schutzschirm“: Der Wohlfahrtsstaat im Zeiten des Finanzmarktkapitalismus
- 1.7 Erneut abgehängt? Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Entwicklungs- und Schwellenländer (z.B. in Afrika)

2 Diskurse und Alternativen

- 2.1 Sind wir jetzt alle attacies? Die aktuelle Finanzmarktkrise, die Rhetorik der Systemkrise und die Forderung nach einem neuen Bretton Woods
- 2.2 Finanzmärkte als Leitbilder: Zwischen Systemzwang und Glauben.
- 2.3 Stabilisierung, Regulierung oder Transformation? Kurz- und langfristige Perspektiven der Finanzmarktkritik.
- 2.4 "Finanzmärkte demokratisch kontrollieren": Was heißt das? Welches sind zentrale Maßnahmen?
- 2.5 Über die Regulierung des Finanzmarktes hinaus: Perspektiven demokratischen Wirtschaftens.
- 2.6 Wie können Finanzsysteme im Sinne ökologisch nachhaltig gestaltet werden?

- 2.7 Die Europäische Dimension: Grundfreiheiten und Finanzmarktkrise – Re-Regulierung und Entwicklung eines europäischen Sozialmodells?
- 2.8 Der IWF - weißer Ritter der Finanzmarktkrise? "Sind globale Finanzinstitutionen reformierbar oder sollen sie abgeschafft werden?"
- 2.9 Die Internationale Dimension: Forderungen an ein neues Bretton Woods.

3 Strategien und Handlungsfelder

- 3.1 Grundsatzfragen: Das Finanzsystem stabilisieren, reformieren, transformieren oder ganz abschaffen?
- 3.2 Globalisierungskritik zwischen Forderungen nach Deglobalisierung und internationaler Kooperation.
- 3.3 Das internationale Handlungsfeld: Renaissance eines globalen Keynesianismus?
- 3.4 Das europäische Handlungsfeld: Kurs auf ein einheitliches europäisches Sozialmodell?
- 3.5 Das nationale Handlungsfeld.

Mögliche AutorInnen:

1. Sachkundige Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats (Bitte melden!)
2. AutorInnen, die Mitglied bei Attac sind oder Attac nahe stehen, und gezielt angefragt werden könnten, z.B. (Bitte ergänzen!)

Jürgen Kädtler, Gerard Duménil, Dominique Plihon, Philipp Hersel, Karin Küblböck, Cornelia Staritz, Stephan Schulmeister, Marica Frangakis, Julie Froud, Karel Williams + Netzwerk, Frédéric Lordon

Liebe Beiratsmitglieder,

während der Beiratssitzung vor 10 Tagen (am 11. November 2008) sind wir übereingekommen, noch einen Versuch zu starten, Interessenten für einen Eigentums-Reader zu finden. Bisher haben sich gemeldet Uta von Winterfeld und Isidor Wallimann. Beide Rückmeldungen bezogen sich zunächst auf das Konzept sind aber auch als Bereitschaft zum Schreiben zu verstehen.

Wichtig wäre jetzt, wenn sich Kolleginnen und Kollegen melden, die konkret benennen, ob und was sie schreiben wollen. Bei nur drei vier Interessenten müssen wir das Projekt eher beerdigen.

Abgabetermin: 30.10.2009

Ich habe versucht die Anregungen aufzunehmen, da sie aber sehr ausführlich waren, habe ich die Mails z.K an alle einfach angehängt. Vielleicht hab eich ja wichtiges gar nicht verstanden.

Deshalb grds. die Themenvorschläge sind natürlich nicht als abgeschlossenes Konzept zu verstehen, sondern als Gesichtspunkte die mir in meiner beschränkten juristischen Sicht einfielen, die aber um viele Dimensionen ergänzt werden können. Selbstverständlich könnten auch einzelne Blöcke insgesamt bearbeitet werden, z.B. der theoretische Block.

Themenvorschläge für den Beirats-Reader Eigentum – mit der Bitte um Ergänzung und Kritik

I. Theoretische Grundlagen des Eigentums

1. Kritik der Begründung des Eigentums bei Locke
2. Kritik der Begründung des Eigentums bei Kant
3. Ursprüngliche Akkumulation und gewaltsame Aneignung bei Marx
4. Gewaltsame Akkumulation heute an unterschiedlichen Beispielen (Russland) und die Rolle internationaler Organisationen
5. Kritik des Eigentums bei den Utopisten
6. Eigentumskritik bei Marx
7. Die anarchistische Kritik des Eigentums

8. Eigentum in ökologischer Koexistenz mit der Natur
9. Eigentum und Geschlecht

II. Die Entwicklung der (rechtlichen Absicherung) des Eigentums in der bürgerlichen Gesellschaft

1. Die reale Entwicklung des Eigentums in der bürgerlichen Gesellschaft (vom Sach- zum Aktieneigentum)
2. Eigentumsbegriff und Enteignung in den bürgerlichen Verfassungen nach der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung bis zur Weimarer Republik
3. Der Kampf um Eigentum und Parlamentsrechte in der Weimarer Republik
4. Eigentum und Sozialisierung in ausgewählten Bundesländerverfassungen und im GG
5. Eigentum und Wirtschaftsordnung im Grundgesetz
6. Die Eigentums- und Wirtschaftsordnung der europäischen Union
7. Grenzen der Eigentumslogik: common goods, heritage konzepte

III. Die aktuelle Diskussion um Enteignung und Privatisierung

1. Rechtliche Möglichkeiten und politische Gründe (auch getrennt) für die Resozialisierung oder öffentliche Versorgung in den Feldern:
 - Bahn
 - Energie(netzen)
 - Banken und Versicherungen
 - Telekommunikation
 - Wasserwirtschaft
 - Bildung
 - Krankenversorgung
2. Eigentum als Blockade einer Politik der Nachhaltigkeit

IV. Alternativen

1. Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie – von der Montanunion bis zur Diskussion um das VW-Gesetz Urteil

2. Sinn und Unsinn genossenschaftlichen Eigentums
3. Neutralisiertes Kapital und anderer alternativen Formen (vgl. Wallimann und Winterfeld unten)
4. Probleme der Arbeiterdemokratie (Jugoslawien?) oder Wirtschaftsdemokratie andernorts (mondragon)
5. Perspektiven der Wirtschaftsdemokratie (und/oder)
6. Soziotopen der Alternativwirtschaft

Uta schrieb

und nun, lieber Andreas, ist schon bald die Beiratssitzung, zu der weder Adelheid noch ich kommen, aber es wird höchste Zeit, Dir eine Rückmeldung zum Aufschlag zu geben.

Erstmal vorab: Adelheid und ich haben Lust, mitzumachen.

Deine Themenvorschläge hat Stefan Thimmel mir gestern noch einmal zugesandt (ich bin eine großartige e-mail-Löscherin, einschließlich Papierkorb), auch Deine mail-Adresse.

Also: Deine Vorschläge wirken mir eher wie eine Gliederung für eine Diplom-oder Doktorarbeit (als solche sicher sehr brauchbar) und diese hat einen eher hermetischen als offen lassenden Charakter. Gut gefallen mir die theorie(ideen)geschichtlichen und historischen Zugänge.

Was ich unter I beisteuern könnte ist eine Kritik der Begründung des Eigentums bei Locke, bei Fichte kenne ich mich nicht aus. Allerdings habe ich zu Locke schon viel gemacht und finde es daher nicht so ganz aufregend. Ich füge Dir mal ein Manuskript von mir (ist noch nicht erschienen, also für Dich zum privaten Gebrauch) an, dann kannst Du sehen, wie ich argumentiere. Möglicherweise ist auch meine diessemestrigte Lehrveranstaltung am OSI zu "Sozialstaat und politische Utopien" ergiebig für die "Kritik des Eigentums bei den Utopisten".

Mit Adelheid bin ich nicht abgestimmt, ich denke sie kann Eigentum und Adam Smith (den Du aber nicht anführst) und die Eigentumskritik bei Marx. Allerdings möchten wir lieber einen gemeinsamen Artikel schreiben als Stückchen zuliefern, denke ich.

Zu II fällt mir so nichts ein, ich hätte andere Spuren. Eine ist die Geschichte mit privat(privare, rauben)Eigentum, eine die des Eigentums von Frauen und Männern, wieder eine die mit den öffentlichen Gütern bzw. commons, für die wir mit unserer Eigentumslogik keine Antwort finden (dazu findest Du auch was in beigefügtem Artikel).

Bei III finde ich das Konzept der sozialen Infrastruktur von Joachim Hirsch relevant, beitragen kann ich etwas zu Wasser(nicht gleich Wirtschaft) (bei Wasser kennt sich Claudia v.B. auch aus), auch dies siehst Du im Artikel.

Insgesamt ist mir Dein Entwurf zu wenig auf Nachhaltigkeit und Ökologisches bezogen. Adelheid und ich stecken in den Anfängen einer feministischen Analyse zu Blockaden für Nachhaltigkeit, da wollen wir die Felder Gerechtigkeit (Uta), Produktivitätserhalt (Adelheid) und Eigentum (Adelheid und Uta zusammen) bearbeiten und es wäre wohl auch aus pragmatischen Gründen gut, wenn wir Anknüpfungspunkte zu der von Dir initiierten Geschichte hätten.

Zu Deinem Teil IV fällt mir gerade noch ein, dass ich mir gestern aus den Feministischen Studien einen Aufsatz über Fürsorge und Demokratie (von 2000) kopiert habe (der liegt aber gerade zu Hause und nicht im Büro), das könnte auch eine Spur sein.

Herzlich aus dem gerade kurz sonnigen Wuppertal, Uta

Isidor schrieb:

Lieber Andreas,

schon ist es eine Woche her, seitdem wir uns in Hannover gesehen haben. War letzte Woche wieder im Ausland unterwegs. Deshalb bin ich mit meiner angekündigten Rückmeldung zum geplanten Reader etwas verspätet.

Hier nun ein oder zwei ergänzende Anregungen:

1. ich glaube es wäre gut noch ein Kapitel zur Eigentumskritik der Anarchisten (z.B. Proudhon, Kropotkin, etc., siehe auch Cantzen) einzuschieben, zumal die sich auch mit Marx immer angelegt haben.
2. Ein Kapitel zu Eigentum von öffentlichen Gütern würde sich wahrscheinlich lohnen, wobei es sich nicht nur um staatliches vs. ‚privates‘ Eigentum davon handelt, sondern um öffentlich-rechtliche Korporationen und Genossenschaften zur Bewirtschaftung von Wäldern, Allmenden, Wasser, Bildung, etc.
3. Ein Kapitel zum Thema „neutralisiertes Kapital“ würde sich lohnen, da verschiedene Rechtsformen eingesetzt werden können, um eine „Neutralisierung des Kapitals“ zu bewirken und sich solche Formen oft als sehr offen und dynamisch erweisen (z.B. die Alternativbank Schweiz ABS, oder das Mietersyndikat Freiburg i.Br., etc.)
4. Bei der Arbeiterdemokratie und Wirtschaftsdemokratie könnte insbesondere auch noch der Mondragon Konzern www.mcc.es dargestellt werden.
5. Bei Perspektiven der Wirtschaftsdemokratie könnten neue „Soziotopen“ der Alternativwirtschaft besprochen werden, die einerseits Wirtschaftdemokratie voraussetzen oder fördern und dazu auch ihre eigene, demokratisierte Alternativwährung einsetzen z.B. bei www.viavia.ch/netzbon und www.viavia.ch/soziale_oekonomie

Ich hoffe, es gehe Dir gut und sende einen herzlichen Gruss,

Isidor

Kapitalismus am Ende?

Analysen und Alternativen

6. – 8. März 2009, Berlin, Technische Universität

Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Energiekrise, Umweltkrise. Schafft der Kapitalismus sich selbst ab? Mit dem größten Crash an den Finanzmärkten seit der Weltwirtschaftskrise 1929 ist das Modell des Finanzmarktkapitalismus kollabiert. Die Weltwirtschaft rutscht in die Rezession. Die Lebensmittelpreise in den armen Ländern explodieren, die Zahl der Hungernden steigt. 3,1 Milliarden Menschen leben in Armut, davon 1,4 Milliarden unterhalb der absoluten Armutsgrenze. Die Klimaerwärmung beschleunigt sich, die fossilen Energien werden knapp.

Immer mehr Menschen reiben sich die Augen und fragen, ob ein Wirtschaftssystem, das solche katastrophalen Krisen hervorbringt, wirklich „das Ende der Geschichte“ sein kann. Es ist offensichtlich, dass dieses System nicht in der Lage ist, die grundlegenden Probleme der Menschheit zu lösen.

Es ist an der Zeit, über den Kapitalismus zu reden - und vor allem über Alternativen. Was wollen wir eigentlich ändern? Was können wir ändern? Wollen wir einen anderen, besseren Kapitalismus? Vielleicht das skandinavische Modell, ohne Hartz IV, gerechter, ohne soziale Unsicherheit und ökologisch? Oder wollen wir den Kapitalismus abschaffen? Wenn ja, was könnte dann an seine Stelle treten? Was lernen wir aus den Fehlern früherer Versuche, den Kapitalismus zu überwinden?

Let's talk about capitalism

Der Attac Kongress vom 6. bis 8. März 2009 in Berlin wird die Bühne werden für die Diskussion der systemischen Ursachen der Krisen. Themen sind u.a.: Armut und soziale Spaltung, der Klimawandel und der Krieg um Ressourcen, die Veränderung gesellschaftlicher Kultur, die Erosion der Demokratie und die Vermarktung immer neuer Lebensbereiche. Dabei geht es nicht darum, ein bestimmtes theoretisches Konzept als „Stein der Weisen“ zu propagieren. Die Kritik am Kapitalismus soll in der Vielfalt dargestellt und diskutiert werden, in der sie in der globalisierungskritischen Bewegung auch vorkommt: von Positionen, die sich auf die christliche Soziallehre berufen und z.B. in den Sozialausschüssen der CDU verortet sind, über Ansätze politischer Ökologie, über neo-keynesianische Positionen bis zu (neo)marxistischen Theorien. Das Projekt soll seine Anziehungskraft auch aus der anregenden Mischung der Positionen und den spannenden Referenten und Referentinnen ziehen. Weil es derzeit nicht das eine Modell als Alternative zum Kapitalismus gibt, wollen wir gemeinsam über die verschiedenen theoretischen und praktischen Suchbewegungen nachdenken - offen, kritisch und überzeugt, dass niemand ein fertiges Programm in der Tasche hat.

Was alle betrifft, muss auch von allen diskutiert werden

Mit dem Kongress wollen wir Menschen in die Diskussion einbeziehen, die von verschiedenen Auswirkungen betroffen sind, einzelne Aspekte des Kapitalismus kritisieren oder eine ganz andere Gesellschaft wollen: aus den Gewerkschaften, aus sozialen Bewegungen, aus NGOs, Verbänden, Kirchen oder einfach nur Interessierte, die nirgendwo organisiert sind.

Programm (Skizze)

(Die unter den Veranstaltungen genannten ReferentInnen haben größtenteils zugesagt. Einige Anfragen laufen jedoch noch, so dass es noch einzelne Änderungen geben kann.)

Das Programm enthält drei unterschiedliche Kategorien von Veranstaltungen:

- a. Eröffnungs- und Abschlussplenum. Beide werden sich mit Alternativen befassen. Bei der Eröffnung werden eher grundsätzliche Überlegungen und historische Erfahrungen thematisiert, im Abschlussplenum eher konkretere Alternativkonzepte.
- b. Foren mit Podiumsdiskussionen. Entlang von sieben großen Themensträngen werden zu den einzelnen Themen jeweils zwei bis drei Podiumsdiskussionen mit max. vier Teilnehmern oder Teilnehmerinnen durchgeführt.
- c. Arbeitsgruppen: Workshops, Seminare, Vorträge und Diskussionsrunden zur Vertiefung der sieben thematischen Bereiche.

Eröffnungsplenum

Was wollen wir eigentlich ändern? Ein Wirtschaftssystem oder eine ganze Gesellschaft? Wollen wir einen anderen, besseren Kapitalismus, human, gerecht, ökologisch? Wollen wir den Kapitalismus abschaffen? Wie ginge das? Und wenn ja, was könnte an seine Stelle treten? Was lernen wir aus den gescheiterten Versuchen, eine bessere Gesellschaft zu schaffen? Wie gehen wir mit den Bedürfnissen der Menschen um? Kann man über „falsche“ oder „richtige“ Bedürfnisse bestimmen.

Podium: Frank Bsirske (Vors. Ver.di), Frank Castorf (Intendant der Volksbühne, Berlin), Daniela Dahn (Schriftstellerin), Alexander Buskalin (Universität Moskau)

Abschlussplenum

Welche Zukunft hat der Markt? Was ist mit demokratischer Planung? Ist eine sozialökologische Marktwirtschaft denkbar? Solidarische Ökonomie – was ist das? Was taugt der venezolanische *Sozialismus des 21. Jahrhunderts* für uns?

Podium: Heinz Dieterich (Universidad Nacional Autonoma de Mexico), Heiner Geißler (CDU/Attac), Frigga Haug (Mitherausgeberin von *Das Argument*), N.N.

Foren mit Podiumsdiskussion

1) *Das Ende des Finanzkapitalismus – Ursachen & Alternativen*

Hier werden die systemischen Ursachen des Crashes analysiert und Alternativen diskutiert, die über das Krisenmanagement des Mainstreams hinausgehen. Auch die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer werden thematisiert.

Forum 1: Nur ein Stabilitätsproblem? Die systemischen Ursachen des Crashes

Podium: Robert Brenner (University of California, LA), Fernando Carvalho (Uni Rio de Janeiro), Jörg Huffs Schmid (Uni Bremen), Paul Windolf (Uni Trier)

Forum 2: Ein neues Finanzsystem – Regeln, Strukturen, Institutionen

Podium: Joachim Bischoff (Redaktion Sozialismus), Peter Bofinger (Uni Würzburg), Bernhard Emunds (Leiter des Nell-Breuning-Instituts), Peter Wahl (WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung, Berlin)

Forum 3: Der Crash und die Entwicklungsländer

Podium: Yilmaz Akjüz (ehem. Chefökonom der UNCTAD), Yayati Gosh (Uni Neu Delhi), Cornelia Staritz (Lehrbeauftragte Uni Wien), N.N.

2) *Kapitalismus und Ökologie*

Kann der Kapitalismus die ökologische Krise überwinden? Gibt es einen grünen Kapitalismus? Oder ist er aufgrund der Abhängigkeit von fossilen und anderen Rohstoffen am Ende? Entzieht die soziale Spaltung durch kapitalistische Globalisierung dem weltweiten Klima- und Umweltschutz die materielle Basis? Sind Wachstumsgrenzen, ökologische Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit mit dem globalisierten Kapitalismus überhaupt vereinbar?

Forum 1: Globale Ressourcen: Die neue Knappheit – sind ökologische Krise und Kapitalismus vereinbar?

Podium: Elmar Altvater (FU Berlin, wiss. Beirat von Attac), Ralf Fücks (Heinrich-Böll-Stiftung), N.N.

Forum 2: Wachstum und Wohlstand: Grenzen des Wachstums oder Wachstum der Grenzen?

Podium: Bruno Kern (Initiative Ökosozialismus), Andrew Simms (New Economics Foundation), N.N.

3) *Ungleichheit und soziale Rechte*

Die zunehmende Ungleichheit der Verteilung von Vermögen und Einkommen, die fortschreitende Prekarisierung, das Problem globaler Armut und Arbeitslosigkeit sind oft beschrieben worden. Doch welches sind die Triebkräfte dafür? Ist sinkender Wohlstand für die große Mehrheit der Bevölkerung systembedingt oder herbeigeführt durch eine bestimmte Politik? Was ist der gesellschaftliche und ökologische Preis für steigende Profite? Diskutiert werden soll also das Verhältnis von Reichtum und Armut im heutigen Kapitalismus.

Forum 1: Auswirkungen auf Verteilung, Arbeit und Sozialsystem in Deutschland, Europa und global

Podium: Friedhelm Hengsbach, Ana Esther-Cecena (Universidad Nacional Autonoma de Mexico), Sabine Reiner (Ver.di), N.N.

Forum 2: Rheinischer Kapitalismus, angelsächsisches Modell, skandinavisches Modell – eine Vielfalt von Kapitalismen. Unterschiede bzgl. Arbeit, Verteilung, Sozialsysteme?

Podium: Michael Brie (Rosa Luxemburg Stiftung), Cornelia Heintze (Leipzig), Thomas Seibert (medico international), N.N.

Forum 3: Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Steuerungsmöglichkeiten in Zeiten der Globalisierung

Podium: Jürgen Elsässer (Publizist), Michael Krätke (Uni Amsterdam), Saskia Sassen (Columbia University N.Y.)

Forum 4: Patentierung von Wissen, Inwertsetzung natürlicher Ressourcen und des menschlichen Lebens, Wiederaneignung öffentlicher Güter

Podium: Erika Feyerabend (BioSkop), Christine von Weizsäcker (Gen-ethisches Netzwerk), Joshua Wullweber (BUKO), N.N.

4) Kultur und Medien

Globalisierung wird überwiegend in ökonomischen Kategorien diskutiert. Wie alle bedeutenden gesellschaftlichen Umbrüche hat sie jedoch enorm wichtige kulturelle Dimensionen.

Forum 1: Das Eigene und das Fremde zwischen Uniformierung und Identität. Kampf der Kulturen, Multikulti und Migration

Podium: Wolfgang Fritz Haug (Herausgeber von *Das Argument*), Bernd Wagner (Kulturpolitische Gesellschaft), N.N.

Forum 2: Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Subjekt im Kapitalismus. Neoliberale Arbeitswelt, Prekariat, Exklusion und Persönlichkeit. Der flexible Mensch und Fassaden der Individualität

Podium: Christoph Lieber (Redaktion Sozialismus), Christina Kaindl (Mitherausgeberin von *Das Argument*), Richard Sennett (London School of Economics), Hans-Jürgen Urban (Vorstandsmitglied der IG-Metall)

Forum 3: Alles nur Manipulation? Massenmedien, Herrschaft und Emanzipation im Kapitalismus

Podium: Bernard Cassen (Geschäftsführer a.D. von Le Monde Diplomatique), Christian Fuchs (Uni Salzburg), Walter van Rossum (Journalist, Autor), Georg Seeßlen (Film- und Fernsehkritiker)

5) Demokratie im globalen Kapitalismus

Das neoliberale Projekt scheint die Tendenz zur Destabilisierung der parlamentarischen Demokratie in sich zu tragen. Wie engen die Finanzmarktakteure und transnationale Konzerne die Spielräume für demokratische Entscheidungen ein? Welche Rolle spielen Ansätze von Global Governance oder globaler Steuerung? Wie ist das Verhältnis zwischen nationalstaatlicher Souveränität und multilateralen Institutionen wie G8, WTO und IWF? Welche Bedeutung kommt sozialen Bewegungen national und international zu?

Forum 1: Globaler Kapitalismus, Demokratie und Krise der Repräsentation. Fördert die Globalisierung die Ausbreitung der Demokratie (z.B. China)? Demokratiedefizit der EU

Podium: Alex Demirovic (Humboldt Uni Berlin), David Held (London School of Economics), Urs Marti (Uni Zürich)

Forum 2: Zwischen Basisdemokratie und Weltstaat. Transnationale Demokratie, Global Governance oder Weltstaat? Möglichkeiten und Grenzen neuer Konzepte zur Erneuerung der Demokratie. Demokratisierung der Wirtschaft, Wirtschaftsdemokratie, Mitbestimmung, Stakeholder Beteiligung und Solidarische Ökonomie

Podium: Thomas Coutrot (Ökonom, Wissenschaftlicher Beirat Attac Frankreich), Otfried Höffe (Uni Freiburg), Heide Gerstenberger (Uni Bremen), Michael Zürn (Hertie Stiftung)

6) Politische Ökonomie von Krieg und Frieden

Gibt es einen neuen Typus des ökonomisierten und privatisierten Krieges? Inwieweit fördert die asymmetrische Integration in den Weltmarkt ethnische Konflikte und internationalen Terrorismus? Was bringen humanitäre Interventionen und wie kann eine Kriegsregion nachhaltig befriedet werden? Welche internationalen Organisationen können nach dem Kalten Krieg einen neuen weltpolitischen Ordnungsrahmen bieten und der Verbreitung von Nuklear- und Kleinwaffen Einhalt gebieten?

Forum 1: Gibt es einen neuen Typus des ökonomisierten Krieges und welchen strukturellen Zusammenhang zu Globalisierung/Kapitalismus zeigt dieser? - Rohstoff- und Klimakriege, asymmetrische Kriegsführung und Privatisierung des Krieges

Podium: Johan Galtung (Netzwerk „Transcend International“), Peter Lock (European Association for Research on Transformation), N.N.

Forum 2: Humanitäre Interventionen und Terrorismus – die neueren Ausprägungen internationaler „Kriegsführung“

Podium: Mark Duffield (Uni Bristol), Herfried Münkler (HU Berlin), N.N.

Forum 3: Neue globale Weltordnung – Sicherheitspolitik in der neuen Multipolarität - politische Antworten auf Krisen und Konflikte

Podium: Otfried Nassauer (Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit), Joscha Schmierer (Freier Publizist), Gunilla Herolf (Stockholm International Peace Research Institute), Nicola Bullard (Focus on the Global South)

7) Neustrukturierung des globalen Raumes

Welche Prozesse räumlicher und machtpolitischer Verschiebungen sind kennzeichnend für die moderne Globalisierung? Welche Folgen hat die Industrialisierung der Landwirtschaft auf die Stadt-Land-Migration und die Herausbildung von „Mega-Cities“? Wie haben sich im Nord-Süd-Verhältnis die Strukturen der Ausbeutung geändert? Was bedeutet Chinas rasanter Aufstieg für andere Schwellen- und Entwicklungsländer und für die Dominanz des Westens?

Forum 1: Innerstaatliche / regionale Verschiebungen: Megacities, Landflucht und transnationale Eliten

Podium: Hartmut Häußermann (HU Berlin), Margit Mayer (FU Berlin), N.N.

Forum 2: Transnationale Migration – Politik der Steuerung oder Laissez-faire

Podium: Saskia Sassen (Columbia University N.Y.), Christoph Butterwegge (Uni Köln), Christa Wichterich (Publizistin, Bonn)

Forenübersicht mit Leitfragen

Eröffnungsplenum

Was wollen wir eigentlich ändern? Ein Wirtschaftssystem oder eine ganze Gesellschaft? Wollen wir einen anderen, besseren Kapitalismus, human, gerecht, ökologisch? Wollen wir den Kapitalismus abschaffen? Wie ginge das? Und wenn ja, was könnte an seine Stelle treten? Was lernen wir aus den gescheiterten Versuchen, eine bessere Gesellschaft zu schaffen? Wie gehen wir mit den Bedürfnissen der Menschen um? Kann man über „falsche“ oder „richtige“ Bedürfnisse bestimmen.

Abschlussplenum

Welche Zukunft hat der Markt? Was ist mit demokratischer Planung? Ist eine sozialökologische Marktwirtschaft denkbar? Solidarische Ökonomie – was ist das? Was taugt der venezolanische Sozialismus des 21. Jahrhunderts für uns?

1) Das Ende des Finanzkapitalismus – Ursachen & Alternativen

Hier werden die systemischen Ursachen des Crashes analysiert und Alternativen diskutiert, die über das Krisenmanagement des Mainstreams hinausgehen. Auch die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer werden thematisiert.

Forum 1: Nur ein Stabilitätsproblem? Die systemischen Ursachen des Crashes

Forum 2: Ein neues Finanzsystem – Regeln, Strukturen, Institutionen

Forum 3: Der Crash und die Entwicklungsländer

2) Kapitalismus und Ökologie

Forum 1

Globale Ressourcen: Die neue Knappheit – sind ökologische Krise und globalisierter Kapitalismus vereinbar?

Kann der Kapitalismus die ökologische Krise überwinden? Gibt es einen grünen Kapitalismus? Oder ist er aufgrund der Abhängigkeit von fossilen und anderen Rohstoffen am Ende? Entzieht die soziale Spaltung durch kapitalistische Globalisierung dem weltweiten Klima- und Umweltschutz die materielle Basis? Sind Wachstumsgrenzen, ökologische Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit mit dem globalisierten Kapitalismus überhaupt vereinbar?

Forum 2

Wachstum und Wohlstand: Grenzen des Wachstums oder Wachstum der Grenzen?

Nicht erst mit dem Zusammenbruch des Finanzmarktkapitalismus wird deutlich: Der Kapitalismus gerät an seine Grenzen. Klimawandel, Hunger, Energieknappheit lassen vermuten, dass die viel prophezeiten Grenzen des Wachstums erreicht sind. Unter dem Stichwort „Green New Deal“ keimen Hoffnungen auf, den Kapitalismus mit massiver gesellschaftlicher Anstrengung auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu führen - und damit die Grenzen wachsen zu lassen. Kann es überhaupt einen Kapitalismus ohne Wachstum geben? Falls nicht: Wie groß sind die Chancen, das Wachstum zu „dematerialisieren“? Wie realistisch ist eine vollkommene Umstellung auf qualitatives Wachstum? Oder sind Wachstum und ökologische Gerechtigkeit unvereinbar? Ist der Kollaps des Finanzmarktkapitalismus ein willkommener Anlass, um dem Wachstum endlich feste Grenzen einzuziehen und damit den massiven Überkonsum des Nordens zu vermeiden?

3) Ungleichheit und soziale Rechte

Die zunehmende Ungleichheit der Verteilung von Vermögen und Einkommen, die fortschreitende Prekarisierung, das Problem globaler Armut und Arbeitslosigkeit sind oft beschrieben worden. Doch welches sind die Triebkräfte dafür? Ist sinkender Wohlstand für die große Mehrheit der Bevölkerung systembedingt oder herbeigeführt durch eine bestimmte Politik? Was ist der gesellschaftliche und ökologische Preis für steigende Profite? Diskutiert werden soll also das Verhältnis von Reichtum und Armut im heutigen Kapitalismus.

Forum 1

Auswirkungen auf Verteilung, Arbeit und Sozialsystem in Deutschland, Europa und global

Die von immer mehr Menschen erfahrene ungleiche Verteilung von Einkommen und Eigentum sowie von sozialer Sicherheit und Bildungschancen ist als Konsequenz des entfesselten Kapitalismus zu erklären, bestimmt durch globale Finanzmärkte und auch durch neue Formen von globaler Zirkulation und Akkumulation. Wie ist der Zusammenhang zwischen globalem Finanzmarktkapitalismus und sinkendem Wohlstand für die Mehrheit der Bevölkerung? Auch die Ungleichheit der Verteilung von Arbeit nimmt zu. Trotz steigender Produktivität werden die absoluten Arbeitszeiten stetig verlängert, die Löhne sinken und die Zahl der Erwerbslosen und Prekarisierten steigt. Wo besteht der Zusammenhang zwischen dieser Entwicklung und dem globalen Kapitalismus? Wo also liegen in Deutschland, auf europäischer und auf globaler Ebene die systemischen Ursachen für die Produktion sozialer Ungleichheit?

Forum 2

Rheinischer Kapitalismus, angelsächsisches Modell, skandinavisches Modell – eine Vielfalt von Kapitalismen. Unterschiede bzgl. Arbeit, Verteilung, Sozialsysteme?

Auch der Finanzmarktkapitalismus zeigt in seinen lokalen Ausprägungen sehr verschiedene Gesichter. In diesem Forum soll diskutiert werden, wie und warum es einigen Ländern anscheinend gelingt, ihre sozialen Errungenschaften gegen den Shareholder-Value zu verteidigen. Lassen sich daraus Lehren auch für andere Länder ziehen? Oder trägt der Schein: Ist auch der skandinavische Wohlfahrtsstaat am Ende?

Forum 3

Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Steuerungsmöglichkeiten in Zeiten der Globalisierung

Staatliche Regulierung erscheint nach wie vor als ein Instrument zur Sicherung sozialer Rechte. Aber welche Handlungsmöglichkeiten haben Nationalstaaten überhaupt, um den Folgen des globalen Kapitalismus entgegenzuwirken? Stimmt die These vom Ende des Nationalstaats in der Globalisierung?

Forum 4

Patentierung von Wissen, Inwertsetzung natürlicher Ressourcen und des menschlichen Lebens, Wiederaneignung öffentlicher Güter

Ein wichtiger Wesenszug des heutigen Kapitalismus ist die Vermarktung immer neuer Lebensbereiche. Dazu zählt die zunehmende Patentierung von Wissen, Technologie, die Inwertsetzung natürlicher Ressourcen, von menschlichem Leben selbst ("Biomacht"). Aber auch öffentliche Einrichtungen und Betriebe, Bildung oder Gesundheitswesen werden privatisiert, oder auf Marktförmigkeit getrimmt. Die Gründe und die gesellschaftlichen Folgen dieser Prozesse sollen untersucht werden – aber auch die Widerstände.

4) Kultur und Medien

Globalisierung wird überwiegend in ökonomischen Kategorien diskutiert. Wie alle bedeutenden gesellschaftlichen Umbrüche hat sie jedoch enorm wichtige kulturelle Dimensionen.

Forum 1

Das Eigene und das Fremde zwischen Uniformierung und Identität. Kampf der Kulturen, Multikulti und Migration

Die Globalisierung meint nicht nur die Zunahme von Handels- und Finanzströmen, sondern auch die Verbreitung von Kulturen und Lebensentwürfen. Dieser Prozess birgt nicht weniger Konfliktstoff als die ökonomische Globalisierung. Der Prozess kultureller Uniformierung bricht sich an der starken Identität vieler Kulturen und droht einen Kampf der Kulturen heraufzubeschwören. Der Erhalt kultureller Vielfalt ist zugleich durchaus ambivalent zwischen rückwärtsgewandter Brauchtumpflege und emanzipatorischer Entfaltung kultureller Vitalität zu betrachten: wollen wir zur Rettung des Gartenzwergs eilen?

Forum 2

Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Subjekt im Kapitalismus. Neoliberale Arbeitswelt, Prekariat, Exklusion und Persönlichkeit. Der flexible Mensch und Fassaden der Individualität

Der Neoliberalismus stützt sich auf das Menschenbild des flexiblen Menschen. Wie wirkt sich die neoliberale Arbeitswelt, Prekariat und Exklusion jedoch auf die Persönlichkeit aus? Welche Fassaden der Individualität bringen die Zumutungen des globalen Kapitalismus hervor und gibt es eine Alternativkultur?

Forum 3

Alles nur Manipulation? Massenmedien, Herrschaft und Emanzipation im Kapitalismus

Hier ist die Frage zentral, welche Rolle die Massenmedien in der parlamentarischen Demokratie spielen. Ist alles nur Manipulation? Wieviel Ökonomie steckt in der Hegemonie der audiovisuellen Industrie? Gibt es ein emanzipatorisches Potenzial der Massenmedien?

5) Demokratie im globalen Kapitalismus

Das neoliberale Projekt scheint die Tendenz zur Destabilisierung der parlamentarischen Demokratie in sich zu tragen. Wie engen die Finanzmarktakteure und transnationale Konzerne die Spielräume für demokratische Entscheidungen ein? Welche Rolle spielen Ansätze von Global Governance oder globaler Steuerung? Wie ist das Verhältnis zwischen nationalstaatlicher Souveränität und multilateralen Institutionen wie G8, WTO und IWF? Welche Bedeutung kommt sozialen Bewegungen national und international zu?

Forum 1

Globaler Kapitalismus, Demokratie und Krise der Repräsentation

Im Zentrum steht die Frage, welche Auswirkungen der globale Kapitalismus auf die parlamentarische Demokratie hat. In welchem Verhältnis steht das Demokratiedefizit der EU zum globalen Kapitalismus? Oder fördert die Globalisierung sogar die Ausbreitung der Demokratie (z.B. China)? Welche Rolle spielt die Globalisierung als Katalysator zur Herausbildung einer Gegenmacht?

Forum 2

Zwischen Basisdemokratie und Weltstaat – demokratische Antworten auf die Globalisierung

Auf diesem Podium soll auf verschiedenen Ebenen über demokratische Antworten auf den globalen Kapitalismus diskutiert werden. Was leisten auf globaler Ebene Ideen wie Transnationale Demokratie, Global Governance oder Weltstaat? Wo liegen die Grenzen und Möglichkeiten neuer Konzepte zur Erneuerung der Demokratie wie deliberative Demokratie, partizipative Demokratie und Basisdemokratie? Mit welchen Modellen kann eine Demokratisierung der Wirtschaft vorangebracht werden, z.B. Wirtschaftsdemokratie, Mitbestimmung, Stakeholder-Beteiligung und Solidarische Ökonomie?

6) Politische Ökonomie von Krieg und Frieden

Gibt es einen neuen Typus des ökonomisierten und privatisierten Krieges? Inwieweit fördert die asymmetrische Integration in den Weltmarkt ethnische Konflikte und internationalen Terrorismus? Was bringen humanitäre Interventionen und wie kann eine Kriegsregion nachhaltig befriedet werden? Welche internationalen Organisationen können nach dem Kalten Krieg einen neuen weltpolitischen Ordnungsrahmen bieten und der Verbreitung von Nuklear- und Kleinwaffen Einhalt gebieten?

Forum 1

**Gibt es einen neuen Typus des ökonomisierten Krieges und welchen strukturellen Zusammenhang zu Globalisierung/Kapitalismus zeigt dieser?
(die materielle Dimension)**

asymmetrische Kriege - Privatisierung der Kriegswirtschaft - Krieg um Rohstoffe – Klimakriege
Gibt es eine neue Dimension der Ökonomisierung des Krieges und welchen Stellenwert hat diese im weltweiten Kriegsgeschehen? Inwieweit sind informelle Kriegsökonomien und die durch Staatszerfall begleitete Privatisierung und Lokalisierung in globalisierte Zusammenhänge eingebunden? Was sind Kriterien für nachhaltigen Frieden und liefern Gewaltökonomien in „Friedenszeiten“ (informelle Märkte, gewaltsame Aneignungen, Korruption, Abwesenheit staatlicher Ordnungsprinzipien) Indizien für kriegsgefährdete Regionen als auch für „versteckte“ Kriege?

Forum 2

**Humanitäre Interventionen und Terrorismus – die neueren Ausprägungen internationaler „Kriegsführung“
(die kulturelle Dimension)**

Ist der sog. Krieg gegen den Terror eigentlich ein kultureller Machtkampf oder ein versteckter Ressourcenkrieg? Ist der Krieg gegen den Terror überhaupt noch mit Mitteln militärischer Ordnungsmacht zu gewinnen? Wie wirkt die asymmetrische Integration in den globalen Markt und die Angst vor kultureller Überformung auf die Entstehung von internationalem Terrorismus? Die Rekonstruktion von Zivilgesellschaft als repräsentative Demokratie und effektive Marktwirtschaft und die Einpassung in eine neoliberale globale Wirtschaftsordnung wird in Nachkriegsregionen gern am westlichen Modell orientiert. Verbirgt sich dahinter wieder ein kulturelles Dominanzstreben des Westens, und ist diese Homogenisierung wünschenswert?

Forum 3

**Neue globale Weltordnung
(die politische Dimension)**

Sicherheitspolitik in der neuen Multipolarität – politische Antworten auf Krisen und Konflikte
Welche Vor- und Nachteile zeigt die neue Multipolarität in der globalen Weltordnung gegenüber der alten Supermächtekonstellation? Sind internationale Organisationen (UNO, NATO u.a.) geeignet, einen Ordnungsrahmen in der staatlichen Multipolarität zu bieten, oder sollte das Prinzip der Nichteinmischung gelten? Kann Staatlichkeit durch internationale Arrangements ersetzt werden, um menschliche Sicherheit auch ohne zwingende Nationalstaatlichkeit zu erreichen? Diese Staatlichkeit muss optimalerweise durch international kooperierende Institutionen ergänzt werden. Welche internationalen Organisationen können den neuen Ordnungsrahmen bieten? Kann Staatlichkeit durch internationale Arrangements ersetzt werden? Braucht Europa eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik? Braucht das neue Sicherheitsrisiko Klimawandel eine global koordinierte Antwort? Ist der Atomwaffensperrvertrag noch ein zeitgemäßes Mittel zur Abrüstung und gegen die Bedrohungen der Zukunft?

7) Neustrukturierung des globalen Raumes

Welche Prozesse räumlicher und machtpolitischer Verschiebungen sind kennzeichnend für die moderne Globalisierung? Welche Folgen hat die Industrialisierung der Landwirtschaft auf die Stadt-Land-Migration und die Herausbildung von „Mega-Cities“? Wie haben sich im Nord-Süd-

Verhältnis die Strukturen der Ausbeutung geändert? Was bedeutet Chinas rasanter Aufstieg für andere Schwellen- und Entwicklungsländer und für die Dominanz des Westens?

Forum 1

Innerstaatliche / regionale Verschiebungen: Megacities, Landflucht und transnationale Eliten

Wie unterscheidet sich die Stadt-Land-Verschiebung in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern? Was sind die Strategien der Marginalisierten und lassen sich da Gemeinsamkeiten erkennen? Wie tragen die Globalisierung, insbesondere durch die Strukturanpassungsprogramme, und insbesondere die Spezifität der Arbeitsmärkte zu dieser Entwicklung bei? Welche neuen Subjektidentitäten bilden sich in den Megacities heraus? (transnationale Eliten, traditionsbewusste Mittelschichten etc.) Entwickeln sich in den neuen Megacities Zentren der Macht, oder findet lediglich eine Akkumulation von Armut statt? Welche Entwicklung ist für die Zukunft zu erwarten? Kann die Urbanisierung umgedreht und Zentren in ländlichen Gebieten geschaffen werden?

Forum 2

Transnationale Migration – Politik der Steuerung oder Laissez-faire

Die wachsende transnationale Migration ist eine unmittelbare Folge der Globalisierung. Gleichzeitig werden die Immigrationsbedingungen in den Industriestaaten immer restriktiver. Grenzschießungen und Einreisebestimmungen dienen dabei als eine der letzten Festungen nationalstaatlicher Souveränität. Dabei geht es nicht nur um den Schutz vor sog. Elendsflüchtlingen, sondern neuerdings auch vor Terroristen und anderen Kriminellen. Welche Auswahlmechanismen für ImmigrantInnen sollen zum Tragen kommen oder wollen wir die Grenzen komplett öffnen? Könnte eine freie Migration dazu dienen, die weltweiten Lohnkostenunterschiede – eine enorme Triebkraft der globalisierten Wirtschaft – auszugleichen und damit den Wohlstand für alle zu erhöhen? Und wie würde sich dies auf die kulturellen Identitäten auswirken?

Anmeldebogen für ReferentInnen

**Bitte sendet den Anmeldebogen bis spätestens zum 23.12.2008
per E-Mail an j.baer@attac.de zurück.**

Name:

Gruppe/Organisation/AG:

Straße/Hausnummer:

PLZ/Ort:

e-mail:

Telefonnummer:

Fax:

Auf dem Attac-Kapitalismuskongress möchten wir folgende Veranstaltungen anbieten:

Art*	Titel	ReferentInnen

*** Bitte Art der Veranstaltung angeben:**

Seminar (Kurzer Input und interaktive Methoden, kleine Gruppe)

Vortrag (mit Diskussion)

Diskussionsrunden zur Vertiefung der sieben thematischen Bereiche

Die Veranstaltungen finden am Samstag und am Sonntagvormittag statt und dauern jeweils 90 min.

Unterkunft

Wir hoffen, daß wir einige Übernachtungsplätze in Turnhallen bekommen werden. Dies ist zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht gesichert. Auf der Internetseite finden sich aber Hinweise für preisgünstige Übernachtungsmöglichkeiten.

Technikbedarf

Leider können wir nicht auf eine komfortable technische Ausstattung zugreifen. Das hat die Folge, dass ihr benötigte Beamer etc. nach Möglichkeit selbst mitbringen müsst. Einige wenige Geräte werden wir ausleihen können. Wer daran Bedarf hat, kontaktiere uns bitte – dann werden wir schauen, wie sich das machen lässt.

Beamer (bringe ich selbst mit)

Overheadprojektor

Metaplanwand

Moderationsmaterial (Karten, Stifte, Pinnadeln)

sonstiges, wenn ja was

Veranstaltungsankündigung

Bitte gebt hier Titel, Ankündigungstexte und wenn schon möglich Namen der ReferentInnen an. Alles was im Moment noch nicht feststeht, bitte so bald wie möglich nachreichen.

Ankündigungstexte dürfen max. 800 Zeichen lang sein.

Veranstaltung 1

Titel:

ReferentInnen:

Kurzbeschreibung:

Veranstaltung 2

Titel:

ReferentInnen:

Kurzbeschreibung:

EUROPA AG Attac

AnsprechpartnerInnen:

Malte Arhelger
Malte.arhelger@gmx.de

Johanna Schreiber
Johanna.schreiber@attac.de

Liebe Leute,

Um Chaos zu vermeiden, möchte ich nur noch einmal darauf hinweisen, dass die Diskussionsgrundlage für das Europawahldokument im Frühling nicht der 10-Prinzipientext auf der Attac-Internetseite, sondern die überarbeitete Version vom September dieses Jahres ist. Der Text ist noch einmal im Anhang, in der Hoffnung, dass er so bekannter wird.

Dann möchte ich mich bei Klaus für die Gelegenheit zur Klarstellung bedanken. Zwei Papiere sind derzeit auf europäischer Attac-Ebene für die Europawahl in Vorbereitung:

- Ein ca. 16-seitiges Arbeitspapier
- Eine Kurzversion zum Aktivwerden und verteilen

Beide sollen Attacs europapolitische Positionen darstellen und haben nicht mehr zwingend Verfassungsprinzipiencharakter. Ab März werden sie zur Verfügung gestellt werden,.....

.....Ich freue mich jedoch auf Beiträge aus den Ortsgruppen, die rechtzeitig eintreffen um noch in den europäischen Prozess einzufließen. Je mehr Ortsgruppen die Zeit finden, desto lieber ist es mir. Ohne Rückmeldungen aus den deutschen Ortsgruppen würde das Papier gleich etwas uneuropäischer sein. Wie ich in den letzten Nachrichten mitgeteilt habe, ist der Prozess in Frankreich bereits in vollem Gang.

Alle Europa-Interessierten können sich mit weiteren Fragen und höflicher und unhöflicher Kritik gerne an mich wenden. Bitte entschuldigt den langen Text.

Liebe Grüße,
Malte

**Büchlein der Europäischen ATTACS zum Lissabon-Vertrag und der Europäischen Union
in Anknüpfung an die "10 Prinzipien" (Arbeitstitel)
[Stand: 25. September 2008]**

1. Attacs Kritik des Verfassungsvertrages/Lissabonvertrages (S. 2-6)
2. Attacs Kritik jüngerer Entwicklungen in der EU (S. 7-9)
3. Attacs Alternativen für ein anderes Europa (S. 10-14)

Verbleibender Arbeitsplan:

>> Feedback von lokalen und nationalen Attac-Gruppen: 15. DEZEMBER 2008

>> Endgültige Version: 15. JANUAR 2009

>> Unterschriften: FEBRUAR 2009

I. ATTACS KRITIK DES VERFASSUNGSVERTRAGES/ LISSABONVERTRAGES

Undemokratischer Prozess, Ausschluss der souveränen BürgerInnen

Von Anfang an war die Arbeit an den neuen Grundlagen für die Europäische Union eine Verhöhnung demokratischer Prinzipien. Die BürgerInnen und Parlamente der Mitgliedstaaten wurden ausgeschlossen; ihnen wurde es unmöglich gemacht, Vorschläge und Anmerkungen zu machen. Das Konvent, das die Europäische „Verfassung“ abfasste, war nicht direkt gewählt; seine Mitglieder waren zu 86% Männer.¹ Die gewöhnlichen Mitglieder hatten wenige Rechte; die Macht war im Präsidium konzentriert. Der Konvent war ein Instrument der Regierungen.² Da es sein Ziel war, Änderungen mit Verfassungsrang vorzunehmen, war der Prozess durch eine große Verwirrung zwischen den verfassungsgebenden und der eingesetzten Gewalt gekennzeichnet, wobei letztere versuchte, die europäischen BürgerInnen ihrer Souveränität zu berauben.

Das Produkt, eine Kombination von Verfassung und Vertrag, wurde „Vertrag über eine Verfassung“ für Europa genannt und der öffentlichen Meinung als „Die Europäische Verfassung“ präsentiert. Ihr Volumen belief sich im Ganzen auf ungefähr 500 Seiten, was sie so gut wie unlesbar macht.³

Die „Verfassung“ wurde im Jahre 2004 in zwei von vier Referenden abgelehnt. Der französische und der niederländische Souverän sagten nein. In Luxemburg, wo 100% der Parlamentarier „Ja“ gesagt hatten, sagten mehr als 40% der Menschen „Nein“. In Frankreich hatten 98% der Parlamentarier „Ja“ gesagt; in Holland 85%. Die Kluft zwischen den „VolksvertreterInnen“ und den souveränen BürgerInnen war so groß wie nie zuvor.

Die Reaktion der Staatsoberhäupter war, den Text aus dem „Verfassungs“-Umschlag herauszunehmen und den zu 96% identischen Text in einen „Vertrags“-Umschlag zu stecken, um so Volksentscheide zu vermeiden.⁴ Der neue Lissabonvertrag wurde hinter verschlossenen Türen von EU-Bürokraten entworfen und nach nur zwei Treffen von einer Regierungskonferenz angenommen, der nur 3 (!) Mitglieder des Europäischen Parlaments und keine BürgerInnen angehörten.

Der Text ist nun noch weniger lesbar; er besteht aus sechs Elementen: dem Vertrag über die Europäischen Union, dem Vertrag über die Europäischen Gemeinschaften (umbenannt in Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, VAEU), zwei Listen von Veränderungen an beiden Verträgen, 37 Protokollen und 65 Erklärungen.

Die Staats- und Regierungschefs nahmen den Vertrag in Lissabon am 13. Dezember 2007 an. Bis zum 9. Mai 2008, als eine Reihe von Mitgliedstaaten den Vertrag bereits ratifiziert hatte, war noch keine offizielle konsolidierte Fassung veröffentlicht worden. Im Juni wurde der „alte, neue Text“ vom irischen Souverän abgelehnt, dem einzigen europäischen Volk, das per Referendum ratifizieren durfte.

Im Gegensatz zu ihrer Rhetorik bringen die Regierungen die EU nicht näher an die BürgerInnen, sondern entfernen sie systematisch von der Mitentscheidung und öffentlichen Debatte. In Österreich veränderte die Regierung die Verfassung, um den Ratifizierungsprozess zu beschleunigen und öffentliche Debatte zu vermeiden; das Europäische Parlament stimmte gegen einen Antrag, der anregte, die Entscheidung des irischen Volkes zum Lissabonvertrag zu respektieren. Der Präsident der Kommission, José Manuel Barroso, gab deren Willen bekannt, den Ratifizierungsprozess auch nach dem „Nein“ in Irland fortzusetzen. Allen Souveränen, die abstimmen wollen (einschließlich der Iren) wird gesagt, „wenn Ihr nein sagt, zerstört Ihr Europa“: die BürgerInnen werden bedroht und nicht in eine demokratische Debatte einbezogen.

Um den Vertrag durchzubekommen, informierten die Regierungen ihre BürgerInnen bewusst falsch, was Inhalt und Notwendigkeit des Lissabonvertrages angeht. So hörte die EU beispielsweise nach der Osterweiterung keineswegs auf zu funktionieren. Im Gegenteil, sie trifft jetzt mehr Entscheidungen als zuvor:⁵ battle groups, Verteidigungsagentur, drastische Erhöhung des Haushalts der Grenzagentur Frontex... sogar ein Megaprojekt, die Dienstleistungsrichtlinie, wurde auf der Grundlage des Nizzaabkommens durchgedrückt. Also ist das Argument der „Handlungsfähigkeit“ sehr schwach. Wenn der Lissabonvertrag nicht in Kraft tritt, wäre der Vertrag von Nizza einige Jahre länger die rechtliche Grundlage der Union.

¹ Der Konvent ist die Verfahrensweise, die beim Europäischen Rat von Laeken in 2001 angenommen wurde, um einen demokratischeren Ansatz bei der Überarbeitung der EU-Verträge sicherzustellen: keine Regierungskonferenz mehr, sondern ein Konvent, dem zusätzlich zwei Mitglieder jedes Mitgliedstaatenparlaments und 16 EP-Mitglieder angehörten.

² Nur der Europäische Rat hat die reale Macht, Veränderungen der Verträge vorzunehmen (Art. 48 VEU).

³ Zum Vergleich: die US-amerikanische Verfassung hat 14 Seiten, die französische 15 Seiten, das deutsche „Grundgesetz“ ungefähr 70.

⁴ Wie Giscard d'Estaing wörtlich sagte, der neu verpackte Text wäre so „leichter zu schlucken“.

⁵ Studie des European Institutions Observatory.

Ein weiterer „Trick“ der Regierungen war: Der Vorrang des EU-Rechts über das Recht anderer Mitgliedstaaten, selbst des Verfassungsrechtes, wurde aus dem Haupttext gestrichen (Artikel 6 des Verfassungsvertrages) aber durch die Hintertür in Erklärung Nr. 17 des Vertrags von Lissabon wiedereingeführt.

Das gleiche Verfahren wurde hinsichtlich des EU-Ziels eines „offenen Marktes mit unverfälschtem Wettbewerb“ angewendet; es wurde aus den Zielen der EU entfernt, aber bleibt in allen Politikfeldern bestehen und wurde zudem durch Protokoll Nr. 27 wiedereingeführt. Präsident Sarkozys in den Medien hochgejubelter „Sieg über den Neoliberalismus“ war noch nicht einmal symbolisch, er war eine glatte Lüge.

Zu wenig Demokratisierung/Nichttrennung der Gewalten

Der Lissabonvertrag bringt nicht die Trennung der Gewalten, die ein Mindeststandard für jede auch nur annäherungsweise verwirklichte Demokratie wäre.⁶ Die nationalen Exekutiven bleiben, durch den Rat der EU, die mächtigsten Gesetzgeber auf EU-Ebene. Die einzige direkt gewählte Institution, das Europäische Parlament (EP), bleibt die schwächste von allen. Der Lissabonvertrag erweitert ihr Recht auf Mitbestimmung, aber nicht auf alle relevante Politikfelder: Außen- und Sicherheitspolitik, Geld- und Währungspolitik, Einschränkung der Kapitalbewegungen, Zölle, Euratom und teilweise, der Binnenmarkt und die Landwirtschaftspolitik. In den Bereichen der Mitentscheidung (69 von 90) kann das EP ergänzen und sogar letztendlich beschließen, aber die Kommission und der Rat können seine Änderungen wiederum verändern oder sogar zurückweisen: es hat nur ein Recht auf Veto, nicht die Fähigkeit, seine Entscheidungen durchzusetzen, welche die Parlamente der Mitgliedstaaten haben. Die Kommission hält weiterhin das Monopol, Gesetze zu initiieren. Das EP, das [zusammen mit den Parlamenten der Mitgliedstaaten] der Hauptgesetzgeber sein sollte, kann der Kommission nur Vorschläge machen, aber nicht selbst Gesetze einbringen (z.B. wurden bis jetzt sechs Vorschläge des Europaparlaments für eine Richtlinie über öffentliche Dienstleistungen von der Kommission zurückgewiesen).

Das Parlament kann die Mitglieder der Kommission weder vorschlagen noch wählen. Es kann nur den Vorschlag des Europäischen Rates bestätigen. Es kann noch nicht einmal einzelne Kommissare entlassen, nur die ganze Kommission, mit einer Zweidrittelmehrheit. (Zum Beispiel betreibt der EU- Industriekommissar, Günter Verheugen, eine ökologisch kurzsichtige und deutschnationalistische Industriepolitik – höhere Autoemissionen; das Parlament hat kein Recht, ihn dafür zu entlassen.)

Die Mitglieder des Gerichtshofs werden trotz des Prinzips der Unabhängigkeit der Justiz von der politischen Gewalt, was ein wichtiges Element der Gewaltenteilung ist, von den Regierungen ernannt.⁷ Darüber hinaus üben die Richter eine politische Macht aus, die nur für gewählte PolitikerInnen angemessen ist. Die Europäische Bürgerinitiative ist zwar niederschwellig (0,2% der EU-Bevölkerung), aber sie ist in keiner Weise bindend: ein Witz. Im Allgemeinen hilft die „partizipative Demokratie“ den Lobbyisten mehr als den Bürgern. Der Lissabonvertrag berührt dieses wichtige Problem noch nicht einmal.

In den Politikfeldern „geteilter Zuständigkeit“ können Mitgliedstaaten nur aktiv werden, wenn die EU nichts tut: eine Priorität für die EU, die das Gegenteil der Subsidiaritätsidee darstellt. Im Gegenteil kann die EU mittels der „Flexibilitätsklausel“ und dem „vereinfachten Veränderungsverfahren“ ihre gesetzlichen Kompetenzen selbst erweitern. Das Subsidiaritätsprinzip, das impliziert, dass gesetzliche Kompetenzen von Fall zu Fall von den Mitgliedstaaten delegiert werden müssen, wird gebrochen.

Wenn die EU diese neue zentrale Macht missbraucht, sind die Möglichkeiten der Mitgliedstaatenparlamente dagegen vorzugehen (Kontrolle der Subsidiarität) lächerlich beschränkt: binnen acht Wochen, was eine sehr kurze Frist ist, muss ein Drittel der Parlamente der Mitgliedstaaten ihre Besorgnis hinsichtlich des Respekts des Subsidiaritätsprinzips ausdrücken und die Kommission bitten, ihren Vorschlag zu „überprüfen“ (Protokoll Nr. 2). Dies ist eine Verspottung des Subsidiaritätsprinzips.

Ausweitung des neoliberalen Projekts

Der Lissabonvertrag würde die neoliberale Agenda der EU vertiefen – gegen den Wunsch von sehr vielen. „Offene Märkte“ und „unverfälschter Wettbewerb“ bleiben der ideologische und gesetzliche Kern der EU. Während soziale Rechte untergeordnet und eingeschränkt bleiben, genießen wirtschaftliche Grundfreiheiten wie der freie Kapital-, Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen Mitgliedstaaten und sogar Drittländern Vorrang und dürfen nicht eingeschränkt werden. Infolgedessen werden Lohndumping, Sozialdumping, Arbeitsrecht dumping und Steuerdumping durch den Lissabonvertrag gefördert und nicht abgeschafft. [Das Einstimmigkeitsprinzip gilt weiterhin in Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik, direkter Besteuerung, Unternehmensteuern, dem Kampf gegen Betrug und Steuerhinterziehung: in diesen Fragen wird es immer schwieriger werden, einen Konsensus zu finden, je mehr Mitgliedstaaten die EU hat, desto größer die Ungleichheit zwischen ihnen.] Im Zusammenhang mit dem ungehinderten Steuerwettbewerb wird das – neue – Ziel der

Kommentar: Einige Mitglieder der Redaktionsgruppe wollen diese Ergänzung. Meinungen?

Kommentar: Einige Mitglieder der Redaktionsgruppe wollen diesen Satz streichen, weil sie die Steuerpolitik nicht vergemeinschaftet sehen wollen, da sie davon nur Verschlechterungen befürchten.

⁶ Es ist ein gängiger Witz, dass die EU sich selbst nicht beitreten könnte, so sie dies wollte.

⁷ Das Mandat der Richter ist erneuerbar, was ihre Abhängigkeit sogar noch erhöht.

Haushaltsüberschüsse in guten Zeiten (Erklärung Nr. 30) den Druck auf Sozialleistungen erhöhen und Privatisierungen erzwingen. Der neue Artikel 14 über „Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse“, der von den politischen Eliten als „Stärkung“ der öffentlichen Dienstleistungen dargestellt wird, könnte sich leicht in sein Gegenteil verkehren: Er nimmt die öffentlichen Dienstleistungen nicht vom Wettbewerbsrecht aus (alte Artikel 86/87 EGV, nun 106/107 VAEU) und unterwirft sie somit zukünftigen Liberalisierungen und Privatisierungen. Mitgliedstaaten sind nur befugt, Dienstleistungen *nicht*-wirtschaftlichen allgemeinen Interesses vom Wettbewerb auszunehmen, aber es existiert keine Definition dieser Dienstleistungen – im Gegensatz zu Dienstleistungen allgemeinen wirtschaftlichen Interesses: sobald es Wettbewerb und einen Geldfluss gibt, sind sie dem Wettbewerbsrecht unterworfen. Dies bedeutet, dass der Markt entscheidet, was eine öffentliche Dienstleistung ist und was nicht. Freie öffentliche Subventionen an Unternehmen sind verboten, und öffentliche Dienstleistungen können nicht geschaffen oder aufrechterhalten werden, wenn der kommerzielle Sektor das Gebiet erst einmal erschlossen hat. Die EZB bleibt unberührt von jeglicher demokratischer Kontrolle. Die Mitgliedstaaten und die EU haben nicht das Recht, ihre öffentlichen Investitionen von der EZB finanziert zu bekommen (Art. 123 VAEU). Die EU blockiert eines der zentralen Steuerungsinstrumente der Wirtschaftspolitik. Andererseits wird die „Preisstabilität“ nun zum „Ziel“ der Union. Daher werden Zinssätze zu hoch bleiben, was weniger Arbeitsplätze bedeutet (Kredite und Investitionen sind zu teuer) und es wird Umverteilung von SchuldnerInnen zu Kapitalbesitzern geben: steigende Ungleichheit.

Die gemeinsame Handelspolitik wird massiv ausgeweitet. Nicht nur Zölle sollen „abgeschafft“ werden, sondern auch „andere Handelsbarrieren“. Dies könnten, einerseits, gesetzliche Maßnahmen wie Umweltstandards, Gesundheitsvorschriften oder Produktkennzeichnungspflichten zur Information der VerbraucherInnen sein. Andererseits könnten es Regulierungen des öffentlichen Dienstleistungssektors sein wie zum Beispiel: Beschränkung der Zahl der Anbieter, Bestimmungen hinsichtlich der Rechtsform von Anbietern, maximal zulässige Gebühren oder Subventionen; wenn diese als „Handelshemmnisse“ entfernt werden, könnte dies die universale Versorgung mit leistbarem Wasser, Gesundheit, Renten und anderen lebenswichtigen Dienstleistungen bedrohen.

Außerdem wird die EU-Handelspolitik auf Ausländische Direktinvestitionen (FDI) ausgeweitet; die EU will auch hier „Beschränkungen abschaffen“. Die Verbote, die den Gesetzgebern in aller Welt auferlegt werden sollen, und seien sie auch auf dem Prinzip des Schutzes der Grundrechte der Individuen begründet, was im Übrigen die einzige zulässige Grundlage für jeden internationalen Vertrag ist, senken den Politikspielraum für die Mitgliedstaats- und lokalen Gesetzgeber.

Die EU wird Handelsverträge von nun an als eigene Rechtspersönlichkeit selbst unterschreiben; infolgedessen könnte kein Mitgliedstaatenparlament ein zukünftiges „MAI“ oder „GATS“-Abkommen ablehnen. Auch das EP könnte ausgeschlossen werden, wenn solche Verträge durch ein „vereinfachtes Verfahren“ oder ein internes Gremium geändert werden (218-7 VAEU).

Die Mittel der Sozialpolitik bleiben sehr gering. Wörtlich glaubt der Vertrag im Kapitel über die Sozialpolitik, statt Werkzeuge zu schaffen oder bindende Ziele aufzustellen, an das „Funktionieren des Gemeinsamen Marktes“ (Art- 151 EUV)⁸.

Im Ganzen schafft dieser Vertrag keine wirksamen Mittel zur Senkung der Ungleichheiten und zur Ausmerzung der Armut weder in der EU noch global, ganz im Gegenteil. Wir können keinen Aufbau eines sozialen Europas auf der Grundlage dieses Vertrages erwarten.

Charta der Grundrechte

Obwohl eine Charta der Grundrechte Kernelement eines jeden Verfassungstextes sein sollte, sind die Rechte in der Charta des Lissabonvertrages im Vergleich zu den Verfassungen der meisten Mitgliedsländer sehr unzureichend. Außerdem ist das Ausmaß und die rechtliche Bedeutung der „Grundrechte“ sehr eingeschränkt:

1. Die Charta „bestätigt (nur) die Rechte, Freiheiten und Grundsätze“ der Mitgliedstaaten, aber (unter dem Vorwand der Subsidiarität) schafft sie „keine neuen Rechte oder Grundsätze“.⁹ Dies bedeutet: Wenn Grundrechte in einem Mitgliedstaat nicht existieren, werden sie durch die Charta nicht geschaffen.
2. Auf EU-Ebene, „dehnt die Charta den Anwendungsbereich des Unionsrechtes nicht über die Zuständigkeiten der

⁸ Im weiteren Verlauf des Textes handelt es sich, wenn auf den EUV/VEU verwiesen wird, um die Version des Lissabonvertrages (8. April 2008).

⁹ Protokoll Nr. 30 über die Anwendung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union auf Polen und das Vereinigte Königreich.

Kommentar: ATTAC Frankreich will hier „Vertrag“ schreiben. Samuel Schweikert antwortet: Grundrechte der Individuen (ihre Garantie) sind eigentlich die – einzige – Grundlage einer verfassten Gesellschaft, per definitionem, während Verträge keiner solcher grundrechtlichen Basis bedürfen. Christian Felber: Hier handelt es sich nur um eine analytische Beobachtung, die keine Forderung nach einem Verfassungstext beinhaltet – von daher können wir die Formulierung belassen.

Union hinaus aus, noch schafft sie irgendwelche neue Zuständigkeiten und Aufgaben, noch ändert sie die in den Verträgen festgelegten Zuständigkeiten und Aufgaben“. Daher kann die Charta auch keine wirksamen sozialen Rechte auf Unionsebene schaffen.

3. Die Charta und die Verträge sind formal „rechtlich gleichrangig“ (Art. 6 VEU), sie erhalten keinen rechtlichen Vorrang, was für „Grundrechte“ angemessen wäre. Im Gegensatz zu den Behauptung der politischen Schlüsselfiguren werden die Grundrechte der ArbeiterInnen in der EU, nämlich das Rechte auf Streik und das Recht auf Kollektiverhandlungen, durch die Charta nicht gestärkt, sondern erhalten Nachrang gegenüber den wirtschaftlichen Freiheiten.
4. Die meisten Rechte sind banal, manche sind sogar gefährlich. Das Recht auf „unternehmerische Freiheit“ könnte mit sozialen Rechten im Konflikt stehen. Es ist kein typisches Grundrecht.
5. Die Charta gilt nicht für Polen und das Vereinigte Königreich. Der Wettbewerb ist für alle 27 Länder gültig, während die Grundrechte freiwillig sind. Bravo! Wie will die EU als Verteidigerin der Grundrechte auf globaler Ebene glaubwürdig auftreten, wenn Freihandel Zwang ist, die Grundrechte hingegen freiwillig?

Kommentar: Ich kann diesen Passus im Vertrag nicht erkennen – kann jemand helfen?

Militarisierung

Ursprünglich war die EU als Friedensprojekt konzipiert. Man sollte daher von ihr das zentrale Ziel der Abrüstung, der Errichtung einer Friedensagentur und den Aufbau von Expertise in Konfliktprävention und Vermittlung erwarten dürfen. Nichtsdestoweniger bringt der Lissabonvertrag für alle Mitgliedsländer die Verpflichtung, ihre militärischen Fähigkeiten zu verbessern, er errichtet eine „Verteidigungsagentur“, die Rüstung koordiniert und aufbaut. (Ihr erster Direktor, Alexander Weis, verkündete bereits: „2008 wird ein Jahr der Rüstung sein.“) Darüber hinaus wird eine Kerngruppe sogar noch größere militärische Kapazitäten aufbauen als der „Rest“; das ist kein Friedensprojekt!

Darüber hinaus erlaubt der Lissabonvertrag ausländische Militärinterventionen der EU, um den „Frieden zu bewahren“, „Krisen zu managen“, „Stabilisierung nach dem Konflikt“ sicherzustellen und sogar zur „Terrorismusbekämpfung“ in den Territorien von Mitglieds- und Drittländern. Für keine dieser ausländischen Militärmissionen braucht es ein UN-Mandat: Der Lissabonvertrag stärkt die NATO und schwächt die UNO.

Dank des Lissabonvertrages wird es, wenn die „sichere Versorgung“ mit strategischen Ressourcen gefährdet ist oder die wirtschaftlichen Ressourcen des Gemeinsamen Marktes nicht so großartig sind, einfacher, eine Kriegsmaschine zu starten, um Investitionen und Profite anzuheizen (Kollateralschäden sind wie immer inbegriffen und gratis). Das Europäische Parlament wird keine Stimme in Außen- und Verteidigungspolitik haben. Wenn der Rat entscheidet, einen Krieg zu beginnen, kann er nicht durch das Parlament (oder den Europäischen Gerichtshof) kontrolliert werden.

Ökologie/Energie

Der Lissabonvertrag erwähnt nicht einmal die dringende Notwendigkeit einer wirkungsvollen Umweltpolitik für die Zukunft der Menschheit: die EU-Bevölkerung, die einen Anteil an der Weltbevölkerung von acht Prozent hat, verbraucht ungefähr 20% der Ressourcen des Planeten – obwohl der gesamte Ressourcenverbrauch der Menschheit die Erneuerungsfähigkeit des Planeten um ungefähr 20 Prozent überschreitet. Dies bedeutet, dass Lebensstil und Produktionsmodell der EU-BürgerInnen nicht nur zutiefst unnachhaltig sind, sondern dass sie das Grundrecht auf Leben von Menschen in anderen Regionen des Planeten und zukünftiger Generationen verletzen.

Das Nachhaltigkeitsprinzip bleibt somit eine leere Phrase oder sogar eine Funktion des übergeordneten EU-Wettbewerbsfähigkeitsziels.

Neu im Lissabonvertrag ist ein Kapitel zur Energiepolitik. Seine Ziele sind:

1. Funktionieren des Binnenmarktes (Profite für Privatfirmen, die darauf abzielen, den Verbrauch = Verkauf zu maximieren);
2. Versorgungssicherheit (von überallher auf der Welt = Abhängigkeit vom Ausland und Gefahren von Konflikten über Ressourcen);
3. Die Umwelt wird nur „berücksichtigt“

Der Euratom-Vertrag wird verlängert, obwohl Atomenergie nicht nachhaltig ist.

Im Kapitel zur Landwirtschaftspolitik wird das Nachhaltigkeitsprinzip noch nicht einmal erwähnt, im Gegenteil: der „Anstieg der Produktivität“ bleibt das zentrale Ziel.

Statt nachhaltige Mobilität zu fördern, diktiert der Lissabonvertrag mehr Straßen und Autobahnen.

Kurz gesagt, dieser Vertrag ist keine Basis zum Aufbau einer ökologisch nachhaltigen EU, die als globales Modell nachhaltigen Wohlstandes dienen könnte.

Migration

Der Lissabonvertrag behandelt die Migration nicht aus einer Menschenrechtsperspektive, sondern nur aus der Perspektive der „Festung Europa“ mit sicheren und geschlossenen Grenzen. Um die Ziele „Frieden“, „Freiheit“ und „Wohlergehen ihrer Völker“ (Art. 3) zu erreichen, will die EU „geeignete Maßnahmen in Bezug auf die Kontrollen an den Außengrenzen, das Asyl, die Einwanderung sowie die Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität“ ergreifen. Das Zusammenpacken von Kriminellen und MigrantInnen in einem Satz ist in den Augen der Vertragschreiber offenbar ein Werkzeug für den „Frieden“, die „Freiheit“ und das „Wohlergehen“.

Die Betonung auf der EU als Raum der Freiheit steht im Widerspruch zu den Maßnahmen und Vorkehrungen, die in Artikel 67 und 77 zur Politik der Grenzkontrollen für MigrantInnen getroffen werden. Das Prinzip der Nicht-Zurückweisung wird nur im Zusammenhang mit der Asylpolitik (Artikel 78) erwähnt.

Gleichzeitig werden Maßnahmen entwickelt, um „illegale“ Einwanderung zu bekämpfen, einschließlich Abschiebung und Rückführung von Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung (Art. 79).

Die Einrichtung unmenschlicher Haftanstalten für MigrantInnen überall in Europa („Abschiebeknäste“) und die Verpflichtung, Menschenrechte und lebenswerte Bedingungen für MigrantInnen einzuhalten, werden mit keinem Wort erwähnt.

Dieser Vertrag zielt nicht darauf ab, die Gesetze und Regelungen der Mitgliedsländer für die Eingliederung von StaatsbürgerInnen aus Drittstaaten zu harmonisieren. Diese Situation der Nichtzusammenarbeit erhöht den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt zwischen Ländern mit negativen Konsequenzen für die ganze Arbeiterschaft.

Kommentar: Kann jemand diesen Absatz präziser formulieren? Ohne ihn wesentlich zu verlängern?

II. ATTACS KRITIK AN DEN NEUESTEN ENTWICKLUNGEN IN DER EU

... die gegen das soziale Europa gerichtet sind

Die neueren Entwicklungen in der EU zeigen eine klare Richtung: die soziale Sicherheit wird abgebaut, das neoliberale Projekt wird zementiert. Einige Beispiele:

Der Steuer- und der Standortwettbewerb werden immer härter. Fast alle Mitgliedstaaten haben kürzlich ihre Steuersätze auf Unternehmensprofite gesenkt. Statt Schritte in Richtung Steuerharmonisierung zu setzen, fördert die EU Steuerwettbewerb, siehe z.B. den Cadbury Schweppes-Fall.¹⁰ Wenn Nokia 4000 Arbeitsplätze in Bochum schließt, hat die EU keine Antwort.¹¹ Wenn Investitionsfonds z.B. Grohe ausbluten, hat die EU keine Antwort.¹² Die Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen geht weiter: Energie (2008), Bahn (2010), Postdienstleistungen (2011). In der Folge fallen die Preise nicht immer, und Qualität und Liefersicherheit steigen nicht immer, die Verbraucher (insbesondere die Ärmsten unter ihnen) zahlen drauf, und jedes Mal verlieren Tausende von Werktätigen ihren Arbeitsplatz. Die Hauptgewinner sind die Aktienbesitzer. Die Kommission hat schon angekündigt, dass sie mit der „Vollendung des Binnenmarktes“ auf der Grundlage des Lissabonvertrages fortfahren will. Nächstes Liberalisierungsprojekt: der Gesundheitssektor.

Die Dienstleistungsrichtlinie öffnet dem Sozial- und Lohndumping in der EU Tür und Tor.

Die gleiche Politik des Abbaus und der Verschlechterung der Rechte wird von der EU in den Dienstleistungsverhandlungen der Welthandelsorganisation (GATS) vertreten. Die EU ist ein zentraler Motor dieser Verhandlungen und betrachtet globale Dienstleistungsliberalisierung als Hauptfaktor ihres eigenen zukünftigen Wachstums (und um ihre ArbeiterInnen zu zwingen, flexibler zu werden).

In einer Verschärfung der Lissabonstrategie¹³ baut das Grünbuch über die Arbeitsrechte diese Rechte ab. Es wird die Zahl der prekären Arbeitsplätze erhöhen, die legale Arbeitszeit ausdehnen und das neoliberale Konzept der „Flexicurity“ durchsetzen: mehr Flexibilität mit weniger Sicherheit.

Jüngste Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs bauen das „Europäische Sozialmodell“ ab, was die Entwicklung der EU zu einer „Freihandelszone“ verstärkt und nicht zu einer Zone der Rechte und der Gerechtigkeit. Der Viking-Fall schwächt das Streikrecht; das Laval-Urteil schwächt Gewerkschaftsrechte und ebnet Sozialdumping den Weg. Der Ruffert- und der Luxemburg-Fall schwächen das Recht auf Tarifverhandlungen und öffnen das Tor zum Lohndumping.

Die Arbeitszeit wird länger, und der Druck auf die Werktätigen wird größer. Studien zufolge ist in 90% der europäischen Unternehmen der Arbeitsdruck über die letzten Jahre angewachsen: die Lebensqualität nimmt ab. Der Ministerrat beschloss hingegen, den Mitgliedstaaten zu erlauben, eine wöchentliche Arbeitszeit von bis zu 65 Stunden zu genehmigen.

Die EU hat keine angemessene regulatorische Antwort auf die augenblickliche, hochgradig komplexe Finanzkrise. Ihre Antwort sind „offene Märkte mit unverfälschtem Wettbewerb“, ein desaströses Konzept, das regelmäßig Instabilität und Finanzkrisen produzieren wird.

... die gegen das ökologische Europa gerichtet sind

Einige EU-Richtlinien haben manche ökologische Standards in einigen Mitgliedstaaten verbessert, aber sie können das fundamentale unnachhaltige Produktionsmodell der EU und seinen Export in alle Welt nicht kompensieren.

Das Nachhaltigkeitsprinzip und die Nachhaltigkeitsstrategie (2006)¹⁴ werden systematisch und permanent vom ganzen EU-Recht und der EU-Politik gebrochen, insbesondere durch die Energiepolitik, die Transportpolitik, die

¹⁰ curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=en&Submit=REcherche&alldocs=alldocs&docj=docj&docop=docop&docor=docor&docjo=docj&numaff=C-196/04&datefs=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100

¹¹ Im Jahr 2008 schloss Nokia sein Werk in Bochum/Deutschland, wobei 4000 Arbeitsplätze verloren gingen, nachdem es mehr als 60 Millionen Euro an öffentlichen Subventionen erhalten hatte. Der Standort war profitabel, und der Konzern erzielte einen Rekordgewinn.

¹² Ein Investitionsfonds entließ Tausende von ArbeiterInnen dieser gut funktionierenden Firma und saugte fast das gesamte Eigenkapital ab.

¹³ Die Lissabonstrategie wurde im Jahr 2000 zur Hauptstrategie der EU. Das Hauptziel ist, „der wettbewerbsfähigste, wissensbasierte Wirtschaftsraum“ der Welt zu werden. Die Hauptmethoden sind Liberalisierung, Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitskräfte.

¹⁴ Kurz gesagt, dass eine Generation nur so viele natürliche Ressourcen konsumieren und globale Ökosysteme so wenig verschmutzen sollte, dass alle weiteren Generationen die gleichen Möglichkeiten vorfinden, auf diesem Planeten zu leben. Die Nachhaltigkeitsstrategie zielt darauf ab, die EU in einen nachhaltigen Wirtschaftsraum zu verwandeln.

Landwirtschaftspolitik, die Binnenmarktpolitik und die Außenwirtschaftspolitik. Das Produktions- und Konsummodell der EU ist global nicht nachhaltig.

Die EU-Bevölkerung macht ungefähr 8% der Weltbevölkerung aus, aber sie verbraucht fast 20% der globalen Ressourcen. Es gibt nicht den geringsten Ansatz, diesen Raubbau zu verringern, im Gegenteil, die EU versucht, sich die Ressourcenflüsse aus der ganzen Welt zu sichern (vgl. z.B. das Europäische Verteidigungspapier, siehe unten).

Die meisten Ziele der Umweltpolitik sind daher zu unambitioniert, einige Beispiele:

- 20 Prozent weniger Energieverbrauch im Jahre 2020 „gemessen an den Prognosen“ ist zu wenig. Die EU hat einen Überkonsum von ungefähr 200%. Wir müssen bis 2050 um 75 bis 90% reduzieren.
- 20% weniger CO₂ bis 2020 ist auch zu wenig: der IPCC hat berechnet, dass eine Verringerung um wenigstens minus 30 Prozent notwendig ist, um die globale Erwärmung unter 2 Grad Celsius zu halten.
- Autoemissionen: Statt die durchschnittlichen Emissionen neuer Autos in der EU auf 120g/km zu senken, wurde dieses Ziel auf die mittelfristige Zukunft vertagt.
- Biologische Landwirtschaft: Die EU erlaubt 0,9% GMO-Verunreinigung in Bio-Produkten.

Anstelle von Steuern auf die Verschmutzer hat die EU Verschmutzungsrechte geschaffen, die zu Finanzprodukten wurden.

Die Verkehrspolitik fokussiert auf das Privatauto und Straßeninfrastruktur und nicht auf den öffentlichen Transport:

- Die Eurovignette-Richtlinie verhindert, dass externe ökologische Kosten vollständig in die Transportpreise integriert werden.

Die EU-Förderung von Biotreibstoffen ist falsch. „Biotreibstoffe“ sind nicht Bio! Sie sind industrielle Agrotreibstoffe und stehen im direkten Wettbewerb zur Nutzung fruchtbaren Bodens für Nahrungsmittelproduktion: in einem Kontext einer immer tieferen Nahrungsmittelkrise können sie nicht die Lösung sein, fossile Brennstoffe in ihren heutigen Dimensionen zu ersetzen.

Der EU-Haushalt für Euratom wurde im 7. Rahmenprogramm für Forschung und technische Entwicklung (2007-2013) von 1,2 auf 4,1 Milliarden Euro vervielfacht, obwohl die Atomkraft radikal gegen das Nachhaltigkeitsprinzip verstößt.

Die Richtlinie zum rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen (EU-Biopatentrichtlinie) erlaubt die Privatisierung des Lebens: lebende Organismen können patentiert werden.

Die REACH-Richtlinie zu chemischen Substanzen, die 2007 in Kraft trat, ist von den Lobbyisten verwässert worden, selbst wenn sie einen ersten Schritt zur Regulierung chemischer Substanzen in der Welt darstellt.

Die EU erzwingt unökologischen Welthandel und Investitionsregeln durch ihre Außenhandelspolitik; via Weltbank finanziert sie Umweltzerstörung auf der ganzen Welt.

... die gegen das solidarische Europa gerichtet sind

„Partnerschaft“ ist die Lieblingsphrase der EU, aber ihr höchstes strategisches Ziel ist die weltgrößte Wettbewerbsfähigkeit; wettbewerbsfähiger als alle anderen bedeutet, dass die EU besser sein will als alle anderen und alle anderen schlechter sein sollen als die EU: das ist Imperialismus, nicht „Partnerschaft“.

Die externe Handelsstrategie der EU: „Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“ (2006) hat die weltweite Durchsetzung von Freihandel und Investitionsschutz zum Ziel.

Der Schutz geistiger Eigentumsrechte steht ganz oben auf der G8- (und EU)-Agenda: Was wir in unserer Geschichte getan haben (von anderen abkupfern) soll den armen Ländern nun völkerrechtlich verboten werden. Niedrig entwickelte Länder werden gebeten, ihre Märkte so weit wie die hoch entwickelte und wettbewerbsfähige EU zu öffnen. Bilaterale Freihandelsabkommen und Wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen (EPAs) brechen das Prinzip der „asymmetrischen Beziehungen“ zwischen der EU und armen Ländern. Ungeachtet des Widerstands von armen Ländern besteht die EU ignorant auf dem Prinzip des „Freihandels“.

Das Europäische Verteidigungspapier nutzt das Konzept der „vitalen Interessen“, die Europa im Ausland schützen sollte; es argumentiert für den „Export der Stabilität“, um „Handelswege und den freien Fluss von Ressourcen zu schützen“.

Verschärfung der Einwanderungspolitik: Die EU unternimmt keine ernstesten Anstrengungen, um die zugewanderten Menschen legal zu integrieren; sie erkennt ihre Verursacher-Rolle bei wirtschaftlichen und Umweltflüchtlingen nicht an (z.B. durch landwirtschaftliche (Export-)Subventionen).

Im Gegenteil, die EU betrachtet Immigration hauptsächlich als Gefahr für ihre interne Sicherheit und setzt verstärkt auf militärische Lösungen: Das Frontex-Budget wurde in den letzten zwei Jahren vervierfacht. Die EU errichtet MigrantInnenhaftanstalten („Abschiebeknäste“) und leistet Nachbarländern im Norden Afrikas polizeiliche und militärische Unterstützung, welche die Menschenrechte häufig verletzen. Die EU ist mitverantwortlich für den Tod

von Tausenden von MigrantInnen, die auf dem Weg in die EU sterben.
Die Abschiebe-Richtlinie garantiert nicht die Rückkehr irregulärer MigrantInnen in Sicherheit und Würde, wie versprochen. Im Gegenteil, Abschiebehaft von bis zu 1,5 Jahren sowie ein EU-weites Wiedereinreiseverbot für zwangsweise Deportierte gefährdet bestehende Menschenrechtsstandards in den Mitgliedstaaten und ist ein sehr schlechtes Beispiel für andere Regionen in der Welt.
Die Dublin-Regel reißt Familien innerhalb der EU auseinander.

... die gegen das friedliche Europa gerichtet sind

Über die letzten Jahre hinweg hat die EU ihre Verteidigungs- und Sicherheitspolitik hin auf den Aufbau einer militärischen Union, Rüstung, globale militärische Interventionen und sogar präventive Kriege ausgerichtet. Die Eckpunkte dieses aggressiven militärischen Ansatzes waren die Europäische Sicherheitsstrategie (2003), das Europäische Verteidigungspapier (2004), die Headline Goals 2010 (2004) und der Verfassungsvertrag/Lissabonvertrag (2004/2007). Parallel setzte sich die EU bereits erste Ziele, zu einer globalen Militärmacht zu werden und ihre „vitalen“ wirtschaftlichen Interessen im Ausland auch durch militärische Mittel zu schützen.

Die Europäische Sicherheitsstrategie, die vom Europäischen Rat am 12. Dezember 2003 in Brüssel angenommen wurde, zielt auf die Fähigkeit der EU, mit militärischer Gewalt in der ganzen Welt operieren zu können. „Wir müssen eine strategische Kultur entwickeln, die frühe, schnelle und wenn nötig, robuste Intervention fördert“. Sie besagt, dass die „erste Verteidigungslinie oft im Ausland sein wird“ - eine smarte Art, die EU-Absicht zu maskieren, Kriege zu beginnen. Ein Einsatz kommt selten allein: „Als eine Union von 25 Mitgliedern, die mehr als 160 Milliarden Euro für die Verteidigung ausgibt, sollten wir in der Lage sein, mehrere Operationen gleichzeitig durchzuführen.“¹⁵

Das Europäische Verteidigungspapier wurde von den EU-Regierungen bestellt und vom Institut für Sicherheitsstudien (ISS) in Paris geschrieben. Es verwendet das Konzept der „vitalen Interessen“, die von der EU im Ausland geschützt werden sollen, d.h. Handelsrouten und die Belieferung der EU mit Ressourcen. Das Papier verlangt, dass eine 150.000 bis 200.000 Mann starke Eingreiftruppe aufgebaut werden soll und dass 40 Milliarden Euro in die Rüstung investiert werden sollen.¹⁶

Die Headline Goals 2010, die vom Rat für Allgemeine und Auswärtige Angelegenheit am 17. Mai 2004 angenommen wurden, entwerfen einen Schritt-für-Schritt-Plan, wie die EU ihre Kapazität für (parallele) Militärmissionen im Ausland aufbauen sollte. Zum Beispiel definieren sie das Ziel der „Verfügbarkeit eines Flugzeugträgers mit dazugehörigen Flugzeugen und Eskorten bis 2008“.¹⁷

In Vorwegnahme der Umsetzung des Verfassungsvertrages (Lissabonvertrages) schuf die EU im Jahre 2004 eine „Verteidigungsagentur“. Sie baut „Battle groups“ und eine europäische Armee auf. Sie hat angefangen, die Rüstungspolitik zu koordinieren und verbessert nun ständig ihre militärische Ausrüstung. Eine große Zahl von Mitgliedstaaten hat an einem „präventiven“ und völkerrechtswidrigen Krieg (Irak) teilgenommen, ohne irgendwie von den anderen sanktioniert zu werden: das „Friedensprojekt“ ist offensichtlich nicht ernst gemeint.

¹⁵ consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/78367.pdf

¹⁶ iss.europa.eu

¹⁷ ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/2010%20Headline%20Goal.pdf

III. ATTACS ALTERNATIVEN IN ANKNÜPFUNG AN DIE 10 PRINZIPIEN

I. Soziales Europa

Die EU sollte sich zum Ziel setzen, die sozialste Union in der Welt zu werden anstatt der wettbewerbsfähigsten. Das „Europäische Sozialmodell“ muss gestärkt und mit Substanz gefüllt werden. Die Prinzipien Solidarität und soziale Gerechtigkeit müssen prominent in den zukünftigen Rechtsgrundlagen der EU aufscheinen und andere Politiken bewirken als die, welche die EU in den letzten Jahren und Jahrzehnten praktiziert hat. Die EU soll sich selbst als kooperierende (und nicht (global) wettbewerbsfähige) Union betrachten, deren Ziel es ist, die Armut auszumerzen, alle Menschen in die Teilung des Reichtums und der Arbeit miteinzubeziehen und Arbeits-, Sozial- und Lohnniveaus ständig zu verbessern. Regeln zur Verhinderung von Steuer-, Sozial-, Arbeitsrechts- und Lohndumping müssen errichtet werden. Die Spirale nach unten in diesen Politikfeldern muss gestoppt und in eine Aufwärtsspirale gewendet werden. Die Länder mit der geringsten Ungleichheits- und Armutsraten sollen als Vorbild für die anderen dienen. Vor fiskalischen Konvergenzkriterien sollte die EU bindende soziale Konvergenzkriterien entwickeln. Die europäischen Attacs fordern:

Grundrechte wie in der Europäischen Konvention der Menschenrechte, in der Europäischen Sozialcharta und in der Europäischen Übereinkunft zur Sozialen Sicherheit müssen durch nationale und europäische Gerichte durchgesetzt werden. Das Recht auf gewerkschaftliche Tarifverhandlungen, das Recht auf Mitgliedstaat- und EU-Ebene zu streiken und die Kernarbeitsnormen der ILO müssen Teil der europäischen Grundrechte sein. Es muss explizit klargelegt werden, dass diese fundamentalen Rechte Vorrang vor allem anderen EU-Primär- und Sekundärrecht erhalten.

Arbeitsstandards sollen progressiv in Richtung der besten bestehenden Standards harmonisiert werden: Arbeitszeit, Sicherheitsstandards, Urlaub, Mutter-Vaterschaftszuwendungen, Nichtdiskriminierung etc. Außerdem muss a) jedes Mitgliedsland das Recht haben, höhere Standards beizubehalten, b) die Sozialpartner müssen das Recht haben, höhere (bindende) Standards zu setzen, die c) Priorität über wirtschaftliche Freiheiten, wie z.B. die Niederlassungsfreiheit genießen.

Soziale Sicherungssysteme wie Pensionen, Gesundheitsfürsorge und Arbeitslosengeld müssen öffentlich auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichheit, der Solidarität und eines menschenwürdigen Lebensstandards organisiert und finanziert werden. Die öffentliche soziale Sicherheit muss nicht „wettbewerbsfähig“ sein, sie muss Gleichheit und Menschenwürde dienen.

Soziale Sicherungssysteme wie Pensionen, Gesundheitssicherung und Arbeitslosengeld müssen an das BIP gekoppelt werden („Sozialkorridore“). Höhere Standards sind möglich und sollen als Modell für andere dienen. Einkommensungleichheiten müssen begrenzt werden. Wir verlangen europäische Mindestlöhne mit einer gleichen Kaufkraft von [1000 Euro] [1300 Euro] [1500 Euro] in Deutschland/Frankreich und Maximaleinkommen, die nicht höher sein sollen als das 20fache der Mindestlöhne in jedem einzelnen Land.

Die reguläre Wochenarbeitszeit in der EU soll auf 30 Stunden festgelegt sein. Wir wollen Arbeit und Einkommen fairer teilen.

Das Recht auf Arbeit muss garantiert werden. Wenn der Markt nicht allen Personen Arbeit gibt, muss der Staat Arbeitsplätze schaffen. (In Skandinavien sind ungefähr 30 Prozent aller Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor.) Jeder soll das Recht haben, seine/ihre Arbeit frei zu wählen.

Öffentliche Dienstleistungen müssen gestärkt und allen Leuten zugänglich sein.

- Die EU muss das Konzept der „öffentlichen Dienstleistung“ in das europäische Recht aufnehmen. Das Wettbewerbsrecht darf auf diese Dienstleistungen nicht zutreffen.
- Für die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen soll ein Moratorium gelten, bis eine ausgewogene, transparente und demokratische Evaluierung der bisherigen Liberalisierungen durchgeführt worden ist.
- Aufbau europäischer öffentlicher Dienstleistungen, z.B. ein frei zugängliches europaweites Bahnnetz mit freiem Internetzugang in allen Bahnhöfen.
- Rücknahme der Dienstleistungsrichtlinie.
- Die EU soll beauftragt werden, die GATS-Verhandlungen in der WTO zu verlassen. Stattdessen soll die EU ein GAPS (Allgemeines Abkommen über öffentliche Dienstleistungen) in der UNO vorschlagen, das die globale Zusammenarbeit und freien Wissenstransfer zwischen Anbietern von öffentlichen Dienstleistungen in Nord und Süd zum Ziel hat.

Der EU-Haushalt soll erhöht werden, um die Armut zu eliminieren und die Struktur- und Kohäsionsfonds in Richtung der ärmsten Regionen zu lenken.

Die Europäische Zentralbank (EZB) und ihre Währungs- und Wechselkurspolitik müssen demokratisch kontrolliert werden. Das Europäische Zentralbanksystem soll auf ausgeglichene Weise die folgenden Ziele verfolgen:

Kommentar: Bitte um Meinung, welcher Wert angemessen erscheint.

Vollbeschäftigung, nachhaltige Entwicklung, Stabilität der Finanzmärkte und gemäßigte Inflation. Die Staaten, die Mitglieder der Eurogruppe sind, sollten das Recht erhalten, durch die EZB Geld zu schöpfen, um öffentliche Investitionen zu finanzieren. Steuerhinterziehung und Steuerwettbewerb müssen durch kooperative Maßnahmen zwischen den Mitgliedstaaten gestoppt werden. Ehrgeizige Mindeststandards mit dem Ziel einer Harmonisierung nach oben hin sollen für die Besteuerung der Unternehmens- und Kapitaleinkünfte gesetzt werden.

Die Vertragsartikel, die ein absolutes Verbot von Beschränkungen auf den freien Kapitalverkehr beinhalten,¹⁸ müssen zurückgenommen werden:

- kein freier Kapitalverkehr zwischen der EU und Steueroasen
- Attac verlangt eine Steuer auf alle Finanztransaktionen, sowohl grenzüberschreitende als auch binnenwirtschaftliche
- Die Richtlinie zur Besteuerung von Spareinkommen („EU-Zinsrichtlinie“) muss auf alle Arten Kapitaleinkommen und auf juristische Personen ausgedehnt werden. Das Bankgeheimnis muss in allen Mitgliedsländern aufgehoben werden.

Fairer Handel muss Vorrang vor „Freihandel“ erhalten. Die EU darf keinen „Freihandel“ mit Ländern praktizieren, die keine vergleichbaren Sozial-, Arbeits-, Steuer- oder Umweltstandards haben.

Ehrgeizige europäische soziale, Steuer- und Umweltregeln müssen die Bewegung von Dienstleistungen, Gütern und Kapital und ihre Niederlassung innerhalb der EU einschränken.

Jedes Mitgliedsland darf ehrgeizigere Regeln in Bereichen wie soziale Sicherheit, Arbeitsnormen, Umwelt und Schutz benachteiligter Individuen und Gruppen einrichten und beibehalten.

Eigentumsrechte beinhalten Verpflichtungen und müssen immer gleichzeitig dem öffentlichen Wohlergehen dienen; die Ausübung von Eigentumsrechten darf Bürger- oder politischen Rechten nicht entgegenwirken.

Wirtschaftsdemokratie und Teilhabe müssen auf allen Ebenen verbessert werden; die Werktätigen sollen das Recht haben, durch Gewerkschaften, die sie frei wählen, auf die Festlegung der Arbeitsbedingungen und das Management Einfluss zu nehmen.¹⁹

2. Feministisches Europa

Die EU muss eine Union werden, die Geschlechtergerechtigkeit ins Zentrum ihrer Politik stellt. Entweder ist die Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit Kernbestandteil eines sozialen, ökologischen, sozialen, friedlichen und demokratischen Europas oder diese bleibt unnachhaltiges Stückwerk. Die europäischen ATTACs fordern:

gleiche Verteilung von Reichtum und Einkommen zwischen Frauen und Männern.

Wirkliche Gleichheit zwischen Frauen und Männern wird nie ohne eine gleiche Teilung von Hausarbeit und Pflege (für Kinder, Eltern etc.) erreicht werden. Dazu bedarf es nicht nur sofort öffentlicher Dienstleistungen für Kinder- und andere Formen der Pflege, sondern auch ehrgeiziger alternativer Beschäftigungspolitik: Zugang aller Frauen zu Vollzeitbeschäftigung, zu vollem Gehalt, sowie einer beträchtlichen Reduzierung der Arbeitszeit für alle. Harmonisierung nach oben aller sozialen Rechte der Frauen.

Durchsetzbare Grundrechte müssen umfassen: das Recht auf Freiheit von sexueller Gewalt und staatlichen Schutz gegen sexuelle Gewalt, Recht auf staatlichen Schutz gegen Diskriminierung auf der Grundlage von Sex, das Grundrecht für Frauen, gleichberechtigt auf politischen, sozialen, kulturellen, zivilen und anderen Gebieten teilzunehmen.

Angemessene Teilhabe von Frauen an den Entscheidungen, z.B. 50% in der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament, dem Europäischen Gerichtshof, dem Rat, der Europäischen Zentralbank.

Öffentliche Dienstleistungen von hoher Qualität.

Auf europäischer Ebene sicherstellen, dass die Steuersysteme der Mitgliedstaaten Frauen nicht diskriminieren.

3. Ökologisches Europa

Die Europäische Union soll darauf abzielen, eine global nachhaltige Union zu werden. Dies bedeutet, dass sie ihren „ökologischen Fußabdruck“ (Ressourcenverbrauch) um mindestens drei Viertel senken muss, was eine radikale Änderung des gegenwärtigen Produktions- und Konsummodells bedeutet. Die EU sollte versuchen, vom Import fossiler Treibstoffe unabhängig zu werden und die materielle Basis ihrer Wirtschaft zu regionalisieren. Für dieses ehrgeizige Ziel werden strenge ökologische Konvergenzkriterien gebraucht:

Die EU sollte ihren „ökologischen Fußabdruck“ von derzeit 4,9 „globalen Hektar“ pro Kopf auf 1,8 globale Hektar bis 2050 senken (was die Schwelle globaler Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit ist).

¹⁸ Artikel 56 des EG-Vertrages; Artikel 63 des VAEU nach Lissabonvertrag.

¹⁹ Dies entspricht Bestimmungen in der französischen, deutschen und italienischen Verfassung seit 1945.

Der Anteil umweltbezogener Steuern am gesamten Steuervolumen der Mitgliedstaaten sollte auf 30% im Jahre 2030 und 50% im Jahre 2050 ansteigen.

Das Nachhaltigkeitsprinzip sollte Priorität über die Marktfreiheiten erhalten. Wirtschaftswachstum muss als politisches Ziel der EU aufgegeben werden.

Die EU sollte über das sukzessive Auslaufen des Euratom-Vertrages übereinkommen und Kernenergie in den Mitgliedstaaten bannen (angesichts der Gefahren, die von Nuklearkraftwerken und radioaktiven Lagern ausgehen, trifft das Subsidiaritätsprinzip nicht zu).

GMOs: Das Vorsorgeprinzip muss Vorrang vor dem freien Warenverkehr erhalten. Geistige Eigentumsrechte (Patente) auf Entdeckungen von „lebenden Material“ soll von und innerhalb der EU nicht anerkannt werden. Wir fordern die Änderung von Richtlinie 98/44: Keine Patente auf Leben!

Agrarförderungen für Bauern, die mit Pestiziden und synthetischen Düngemitteln arbeiten, müssen in kurzer Frist auslaufen. Mittelfristig müssen diese nicht-nachhaltigen Produktionsmittel verboten werden.

Die EU muss konsequent das Verursacherprinzip in ihren Gesetzen umsetzen, z.B. soll die Wegkostenrichtlinie die Internalisierung sämtlicher sozialer und ökologischer Kosten in die Transportpreise vorschreiben. Auch muss das Verursacherprinzip Vorrang vor dem freien Warenverkehr erhalten.

Die EU sollte ein europäisches öffentliches Eisenbahnnetz aufbauen, das allen Menschen frei zugänglich ist, mit hohem Komfort und geringer Belastung für die Umwelt.

4. Solidarisches Europa

Im Einklang der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und dem Verfassungsprinzip der Solidarität soll die EU Beziehungen mit allen Drittländern „im Geist der Brüderlichkeit“ (AEMR) und auf der Grundlage gleichrangiger Partnerschaft unterhalten, statt zu versuchen, der „wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum in der Welt“ zu werden (Lissabonstrategie):

Die EU soll die WTO verlassen und faire globale Handelsregeln einfordern. Die UN ist ein angemessenerer Platz, globale Handelsregeln in – durchsetzbare – Menschenrechte, Arbeitsrechte, Sozialnormen, Umweltstandards, Steuerniveaus und Anti-Korruptionsregeln einzubetten. Fairer Handel soll ein Instrument für nachhaltige Entwicklung sein, anstatt dass Freihandel ein Zweck an sich ist.

Das Prinzip der „Nahrungsmittelsouveränität“ soll Freihandel ersetzen, und die Europäische Union muss dieses Prinzip in internationalen Verhandlungen unterstützen. Es gibt Menschen, Ländern oder Gemeinschaften das Recht, ihre eigenen Nahrungsmittel-, Landwirtschafts-, Viehzucht- und Fischfangregeln aufzustellen, einschließlich Zölle und Kontingente.

Die EU muss ihre Landwirtschaftspolitik (GAP) in Richtung eines ökologisch nachhaltigeren, beschäftigungsintensiveren und kleinbäuerlicheren Landwirtschaftsmodells umformen. Sie sollte nicht auf Exporte auf den Weltmarkt abzielen, sondern darauf, die EU-Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln zu versorgen.

Die EU soll für die Demokratisierung des IWF und der Weltbank Druck machen, diese Institutionen voll verantwortlich gegenüber der UNO machen und neue Kredite an die Zustimmung der betroffenen Menschen knüpfen.

Sie sollte Initiativen unternehmen, um die Entschuldung aller armen Länder vorzunehmen. Das Geld für diese Entschuldung könnte aus der Erhebung einer Steuer von 1% auf das Eigentum der „High Net Worth Individuals“ kommen (Personen, die mindestens eine Million Euro besitzen). Mit den Einkünften aus dieser Steuer könnten die gesamten Auslandsschulden aller Nicht-OECD-Länder in ungefähr 10 Jahren beglichen werden.

Die EU muss ihre offizielle Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, ODA) auf 0,7% ihres BIPs erhöhen. Tricks, wie die Anrechnung von Schuldenerlässen, dürfen nicht erlaubt sein. Die EU hat sich dieses Ziel, das von der UNO bereits im Jahre 1970 aufgestellt wurde, bis zum Jahre 2015 gesetzt. Im Jahre 2007 fiel die ODA der EU von 0,41% auf 0,38%.

Die Europäische Union muss Maßnahmen ergreifen, das Recht auf Asyl zu schützen, eine Immigrationspolitik im Einklang mit internationalen Konventionen und dem Respekt für Menschenrechte zu definieren. Sie muss auf militärische Mittel bei der Behandlung von MigrantInnen verzichten.

Alle in der EU wohnenden Menschen sollen die EU-StaatsbürgerInnenschaft erhalten.

5. Friedliches Europa

Der Frieden ist das stärkste Argument für die EU. Die EU sollte ein globales Modell für Friedenspolitik werden, einseitig abrüsten sowie Friedens-, Konfliktpräventions- und Vermittlungskapazitäten aufbauen. ATTAC fordert:

Absoluter Respekt des Völkerrechts, einschließlich der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des Nichtverbreitungsvertrages.

Förderung der weltweiten Abrüstung, die zu Hause beginnt.

Die Unabhängigkeit der EU von der NATO muss durchgesetzt werden.

Verlust der EU-Mitgliedschaft, wenn ein Mitgliedsland an einem aggressiven völkerrechtswidrigen Krieg teilnimmt.

Umfassende Investitionen in den Aufbau von Institutionen in allen Mitgliedstaaten und auch auf EU-Ebene, die an Konfliktprävention und friedlicher Konfliktlösung arbeiten oder dazu forschen.

Drängen auf eine demokratische Reform der UNO. Parlamente und die Zivilgesellschaft müssen in die Entscheidungsprozess integriert werden.

Die EU soll zu Entwicklungen des Völkerrechts nur dann beitragen, wenn diese auf Grundrechten beruhen (z.B. globale Umweltschutzabkommen ja, „GATS“ nein).

6. Demokratisches Europa

Die EU muss zu einer wirklich demokratischen Union werden, sonst wird sie nicht die Unterstützung der Menschen genießen: Wenn BürgerInnen die Souveränität auf eine höhere Ebene delegieren (EU), erfordert die Aufrechterhaltung der Demokratie auf dieser Ebene einen Grad der Demokratie, der mindestens so hoch ist wie der auf der niedrigeren (Mitgliedstaats-)Ebene. In einem ersten Schritt soll ein neuer Vertrag demokratisch ausgearbeitet und der Abstimmung durch die Bevölkerung vorgelegt werden. Die europäischen ATTACS fordern:

Eine neue und demokratische Versammlung, die direkt von allen BürgerInnen aller EU-Mitgliedstaaten gewählt wird, soll den Auftrag erhalten, bei aktiver Beteiligung der Parlamente der Mitgliedstaaten, einen Vorschlag für einen neuen Vertrag auszuarbeiten.

Diese Versammlung sollte auf Geschlechterparität beruhen (im Gegensatz zum Konvent für die „EU-Verfassung“ mit nur 14% Frauen), alle Sektoren der Gesellschaft vertreten und intergenerational zusammengesetzt sein.

Ein neuer Vertrag soll durch Referenden in allen Mitgliedsländern legitimiert werden.

Während der Ratifizierungskampagne sollen die europäischen Institutionen und die Mitgliedstaaten Regeln aufstellen, die eine breite öffentliche Diskussion sicherstellen, unabhängig von vorherrschenden wirtschaftlichen Interessen, z.B. im Mediensektor, und mit genug Zeit für intensive Debatte.

Die Prinzipien eines neuen Vertrages sollen Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, repräsentative, partizipative und direkte Demokratie, wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Integration, Solidarität, Geschlechtergleichheit und Geschlechterdemokratie, Nachhaltigkeit sowie Friedenspflicht sein.

Grundrechte müssen rechtlichen Vorrang vor dem restlichen EU-Recht erhalten. „Unternehmerische Freiheit“ hat keinen Platz in einer Charta der Grundrechte. Das Recht auf „freie Wahl einer Beschäftigung“ deckt dies ab. Das Recht auf unternehmerische Freiheit könnte als *Grundrecht* dazu missbraucht werden, Regeln einzuklagen, die gegen soziale Sicherheit, Arbeiterrechte oder Umweltschutz gerichtet sind. Auch der Schutz des geistigen Eigentums muss aus der Charta der Grundrechte des Lissabonvertrages entfernt werden. Der Besitz lebender Organismen darf kein Grundrecht werden!

Klare Trennung exekutiver, legislativer und richterlicher Gewalten. [Der Rat soll seine legislativen Kompetenzen verlieren.] Das Monopol der Kommission, Gesetze vorzuschlagen, muss enden. Das Europäische Parlament wird der wichtigste Gesetzgeber der EU, einschließlich des Rechtes, Gesetze für alle EU-Politiken vorzuschlagen und anzunehmen und die Kommission (die Exekutive) und einzelne ihrer Mitglieder zu wählen und/oder abzusetzen.

Der Text eines neuen Vertrages soll eine klare Beschreibung der Kompetenzen der EU geben, sowie ihrer Abgrenzung von denen der Mitgliedstaaten und der Gebietskörperschaften. Die EU-Institutionen dürfen nicht das Recht haben, ihre Kompetenz von sich aus auszuweiten. Der Europäische Gerichtshof darf keinen Raum erhalten, als de facto Gesetzgeber zu fungieren.

Wir fordern eine Stärkung der Parlamente der Mitgliedstaaten sowohl auf europäischer als auch auf der Ebene der Mitgliedstaaten. [Mitglieder der Parlamente der Mitgliedstaaten bilden eine neue zweite Kammer des Europäischen Parlaments, das in allen legislativen Entscheidungen der EU mitwirkt.] [Wenn die EU ihre Kompetenzen verletzt, kann eine gewisse Zahl von Parlamenten der Mitgliedstaaten jegliche gesetzgeberische Initiative der EU stoppen („Subsidiaritätskontrolle“).]

Direkte Demokratie: Eine europäische BürgerInneninitiative führt automatisch zu einem Referendum. Das Ausmaß des „Referendums auf Initiative der BürgerInnen“ muss die Entscheidung über, die Änderung und die Rücknahme von Gesetzen beinhalten. Die Zahl der Unterschriften für eine Petition, die nötig ist, um ein Referendum in Gang zu setzen, wird auf 5% der WählerInnen festgesetzt; 1% der europäischen Bürger können ein Gesetz vorschlagen. Klare Einschränkungen für Lobbyismus: verpflichtende Registrierung und Offenlegung von Interessen und Finanzquellen aller Lobbyisten. Mitglieder des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission oder Regierung, oder Ausschüssen müssen ihre Kontakte zu Lobbyisten bekanntgeben.

Alle Treffen aller EU-Institutionen müssen für die Öffentlichkeit zugänglich sein. BürgerInnen und permanent in der EU Wohnhafte müssen freien Zugang zu allen Dokumenten der EU-Institutionen erhalten, wenn das Gesetz

Kommentar: Bitte um Eure Meinung: Sollen wir diesen Satz beibehalten oder streichen?

Kommentar: Zwei Varianten mit einmal stärkerer Rolle der nationalen Parlamente, einmal schwächerer. Bitte um Eure Meinung!

- dies nicht aus Gründen des öffentlichen oder privaten Interesses untersagt.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) muss demokratischer Kontrolle unterworfen werden. Die Hauptziele ihrer Geldpolitik sollen soziale Gerechtigkeit, Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit für alle Europäischen BürgerInnen sein. Außerdem muss die Eurogruppe ihre Verantwortung, die von den augenblicklichen Verträgen bereits gebilligt ist, für die Festlegung der Wechselkurspolitik wahrnehmen.

ÜBERSETZUNG: CARLA KRÜGER
ÜBERARBEITUNG: CHRISTIAN FELBER

Towards radical critique and action on climate change politics and Copenhagen 2009

Another world is possible only without a global resource management shaped by structures of domination

September 2008

In the last twenty years, climate change and its potential and real impacts have become more and more obvious. This is due to the results of scientific research but also to environmental movements, media, critical intellectuals, progressive state officials and alternative energy producers who have focussed social and political attention on the implications of the problem. With the Framework Convention on Climate Change (FCCC) and its Kyoto Protocol, an international political mechanism was developed in the 1990s.

More recently, i.e. in the last two years, the issue of climate change has climbed to the top of the political agenda: This has to do with the publications of the Fourth Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) and the Stern Report - the latter with its simple and economic message -, with sky-rocking energy prices and the argument that 'peak-oil' has been reached, which refers to the fact that from now on less new oil resources are found than are consumed. The IPCC and Al Gore won the Peace Nobel Prize, the G8 summits in 2007 in Germany and 2008 in Japan had energy and climate change questions high on the agenda. The Conferences of the Parties of the FCCC in Bali in December 2007 became a gathering with global mass media coverage.

Nonetheless, we can observe that not much has changed in the last twenty years. Oil and gas consumption have increased enormously, production and consumption patterns are still the same and, moreover, these processes have rapidly been globalised through transnational capital, state policies and the way of life of a global middle-class.

This has one major reason: Environmental policies in general and climate change policies in particular are formulated in line with dominant politics and related interests. Today, the dominant politics are neoliberal and neoimperial, orientated towards competitiveness and maintaining and enhancing the power of Northern governments, corporations and societies. Policies are in the interest of the owners of assets and of the global middle-classes - including the middle-classes of economically emerging countries such as China, India or Brazil. The Western life-style still promotes its attractiveness worldwide. Human well-being and social security are still equated with economic growth and this means resource-intensive growth of car production, of airports, of industrialised farming etc.

The role of the FCCC

It is important to recognise that the issue of climate change was politicised through scientific knowledge, especially through the IPCC. However, the danger is to frame the problem of climate change exclusively or predominantly as a global problem which has to be dealt with globally, i.e. from above, with Western knowledge and through management techniques.

The many local conflicts around scarce resources and land-use are thus overshadowed. The many alternatives that exist are downplayed against a "global problem". Moreover, many local forms of producing and living have actually been put under pressure because of globalised capitalism and also because of a type of climate politics that is shaped by structures of domination. The development within the agricultural sector to produce crops for agrofuels for the world market is merely the most visible trend.

What has emerged in the last twenty years is a type of global resource management wherein government officials, business, scientists, some NGOs and media act together to control the destruction of the environment. Sometimes, the content of policies is criticised as insufficient. A critique of the form of politics, however, is not formulated. This form of intergovernmental politics, i.e. diplomacy under the pressure of lobby groups searching for consensus, which systematically leads to weak compromises, is not criticised. Furthermore, there is a downplaying of the necessity to challenge corporate power and the forms of living of the global upper and middle-classes if climate change is to be addressed seriously.

The instruments of global environmental politics are mostly market-based because “the market” is considered by powerful actors as the superior means to deal with far-reaching problems like climate change. Not by chance, the main instrument of the FCCC is emission trading. Moreover, this justifies weak policies “at home” because profound transformations cannot be promoted if other countries do not participate. It is a question of competitiveness.

The current division of labour (along the lines of class, gender, race, age, and international stratification), which is determined by structures of domination, is hardly problematised in the debates about socio-ecological transformations. Therefore, environmental policies have become a moral and efficiency-based strategy aimed at the middle-classes.

The generalisation of the Western way of life is cynical because billions of people are poor and lack access even to basic means of subsistence. However, capitalist dynamics promote these kinds of production and consumption patterns yet also have attractive dimensions, such as individuality and certain forms of freedom.

To counter the developments of a global resource management shaped by structures of domination, we need a broad public debate as well as practical steps for the necessary transformation of production and consumption patterns, changes in orientations towards nature, and the power of states and capital.

The FCCC is not the responsible institution for the growth of CO₂ emissions and the fossilistic mode of development, i.e. for further climate change. This is a much broader process involving many more powerful economic and political actors as well as being linked to the forms of living of the global upper and middle-classes. At the institutional level, the WTO, IMF and the World Bank who promote trade liberalisation and structural adjustment policies are the central driving forces currently damaging relationships between societies and nature.

Crucially and problematically, the FCCC holds out that it is the most central and most adequate mechanism to stop climate change. But in the last 15 years it has become evident that through technocratic approaches very little changes with respect to the problem – on the contrary, the current ways of life and the dominant policy orientations are being re-legitimised. The FCCC embodies the fact that there has been a politicised awareness of climate change. This awareness is framed in specific ways and in line with dominant interests and social forces. It is not independent from neoliberal and neoimperial developments. Not by chance, the modified domination of nature through ecological modernisation strategies, Western knowledge, the prominent role of experts and hopefully “enlightened leaders”, along with market-based instruments determine environmental policies. This is a disaster for billions of people on a daily basis.

The political mode of crisis-management that exists on this terrain is diplomacy and behind this is the pursuit of “national interests” under the conditions of globalised capitalism and competitiveness. When governments return from major conferences at which yet again, the notion of “being at a crossroads” was evoked, they continue to obey powerful actors such as the automobile industry, seed companies, industrial farming, meat producers etc. Additionally, we can see that the environment ministries of the respective governments are relatively weak as energy issues are usually dealt with by other, stronger apparatuses.

This is an observable fact in the field of agrofuels: When it comes to energy security and profits, critical questions and disastrous experiences are put aside. The agrofuel issue is presented by Southern governments like Brazil or Indonesia as a “growth & development opportunity”. Agricultural restructurings are determined by the huge demand in the EU where specific norms are implemented to mix gasoline and ethanol. But for whom and at what price? The global middle-class consumers support these policy developments because they fear high energy prices. Alternatives are left aside or are reduced to a minor field in the “energy mix”.

Finally, what we experience in the field of environmental politics is the attempt to re-stabilise the crisis-driven neoliberal-imperial globalisation project through the portrayal of a progressive image in environmental policy-making. “World leaders have understood the problem,” this is what we hear around G8 or FCCC summits. But in reality the current forms of environmental and resource politics remain shaped by power and do not question existing relationships of domination. Irresponsible policies like the development of nuclear power plants are formulated in other forums like the G8 and will penetrate the FCCC discussion and policies.

Beyond global resource management

In order to reorientate political and societal actions towards real alternatives to the dominant forms and contents of climate, environmental and resource policies, these need to be criticised and changed.

From an emancipatory perspective, it is of utmost importance to stop climate change, which means stopping fossilistic productions and consumption patterns. They affect mostly vulnerable social groups who are not able to defend themselves against water scarcity or drought, against string rain-falls or flood waters. Such occurrences have increased because profit is sought in this way and because such approaches are considered part of “progress” and a comfortable life-style for many people. These became dominant because of a “modern” and patriarchal understanding of the domination of nature, which makes its exploitation, commodification and destruction possible.

Radical social movements and critical NGOs as well as critical intellectuals and media increasingly recognise that the FCCC is not an adequate mechanism to deal with one of the most severe crisis we are facing. Like other international political institutions – in the environmental field or in others –, the FCCC is part of a capitalist, Western, white and masculine global resource management. It should no longer be legitimised through the participation of critical NGOs, social movements and other critical actors. We do not need “sustainable globalisation”, which basically means neoliberalism and imperialism.

After 15 years of the coming into force of the FCCC in 1994 we can clearly see that we need more fundamentally different political and societal action. States are still important but they and their officials are not the driving forces. On the contrary, they are mainly an obstacle for serious policies. Changing production and consumption patterns, life-styles and meanings of a “good life”, corporate power and the politics of resource management is a broad process. Several elements need to be considered.

One major element is to put at the forefront a practically rooted critique of the dogma of competitiveness, linked to technological developments. There are few governments and social actors who have understood the dangers of existing trends. What is needed is a repoliticisation of the “market”. It is not just the assumed effective mechanism to allocate resources but a highly effective instrument to produce a more or less opaque domination of some people over others. The market means power and exploitation along the lines of class, gender, race and North-South divisions. Therefore, to restrict the power of industrial and financial corporations is a crucial effort to be undertaken. But, if massively successful, this

might mean less economic growth with all its implications for profits, the power of private capital, the tax basis for the state and employment in the traditional sectors.

An emancipatory politics has to be careful not to be moralistic about environmental politics. Of course we need less consumption of meat, cars / auto-mobility and electronic apparatuses etc. But this cannot be a simple moral claim leaving aside social structures rooted in power relations.

Alternative and attractive forms of living and producing, of exchange and of social divisions of labour and alternative identities are necessary – and they are possible: The protection of the natural commons (water, biodiversity, air etc.) against their commodification is in many cases a very concrete struggle. Collective consumption, the accompanying infrastructures, more energy efficiency and sustainable goods are not only linked to learning processes but might also question the power of certain producers and of the speed of “waste-off-things” globalisation. We need the conversion of many existing industries, taking advantage of the enormous knowledge of the producers that exists therein.

Environmental issues are profoundly linked to the social. Decent work versus over-exploitation, especially of illegalised migrants and many workers in the global South obey the same logic of profit and accumulation which precipitates the destruction of nature. It is necessary to politicise the immediate interests of workers in cheap food, energy and other goods which are produced under unsustainable and unsocial conditions. However, here is also a problem which needs to be solved. This is because the short-term interests of many people are linked to unsustainable production and consumption patterns. Emancipatory socio-ecological orientations and practices need to be linked to other aspects of life and to a redistribution of social wealth.

Radical-emancipatory demands and conflicts

Many alternatives are thinkable, possible and already exist. We should ask if the highly politicised topic of climate change opens a way for more transformative thinking and action. Possibly through socio-ecological conflicts it can be made clear that much more is at stake than symbolic policies against climate change through global resource management: questions of democracy and decision-making, power over social knowledge and the means of production, the necessary reduction of working-hours, the valorising of reproductive activities concerning caring, health, food, etc.

Therefore, we propose an international campaign to radically transform climate change politics. For that, we need to develop *radical demands and proposals* through debates and the exchange of views and experiences. These should be articulated within actual debates and problems and alter the interpretation of them, thus offering possibilities for action.

With our critique of dominant climate change and environmental policies we are not cynical about climate change and we do not intend to strengthen the lobby which defends the fossilistic path of development. However, we do not see the solution to the problem in Western scientific knowledge, in intergovernmental processes and in ecological modernisation for the Western middle-classes at the expense of many others, especially the poor and the material living conditions on earth.

Politics in times of deep socio-ecological crises has to be designed differently, i.e. as a democratic and informed transformative process, taking into consideration the many ambiguities but with a view to a more just world based on solidarity - beyond the dogma of competitiveness and profitability. We want to reorientate debates and policies towards fundamental socio-ecological and emancipatory transformations in conjunction with an acknowledgement of alternative practices.

First Draft (U.Brand, September 2008 – ulrich.brand@univie.ac.at)

Elmar Altvater/Achim Brunnengräber (Hrsg.)

Ablasshandel gegen Klimawandel?



Marktbasierte Instrumente in der globalen
Klimapolitik und ihre Alternativen

VSA

Reader des
Wissenschaftlichen Beirats von 

www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/wissenschaftlicher-beirat/

www.vsa-verlag.de

© VSA-Verlag 2008, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Umschlagabbildung: Kohlekraftwerk Niederaussem,
23.3.2004 (Foto: Federico Gambarini/dpa)
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-291-8

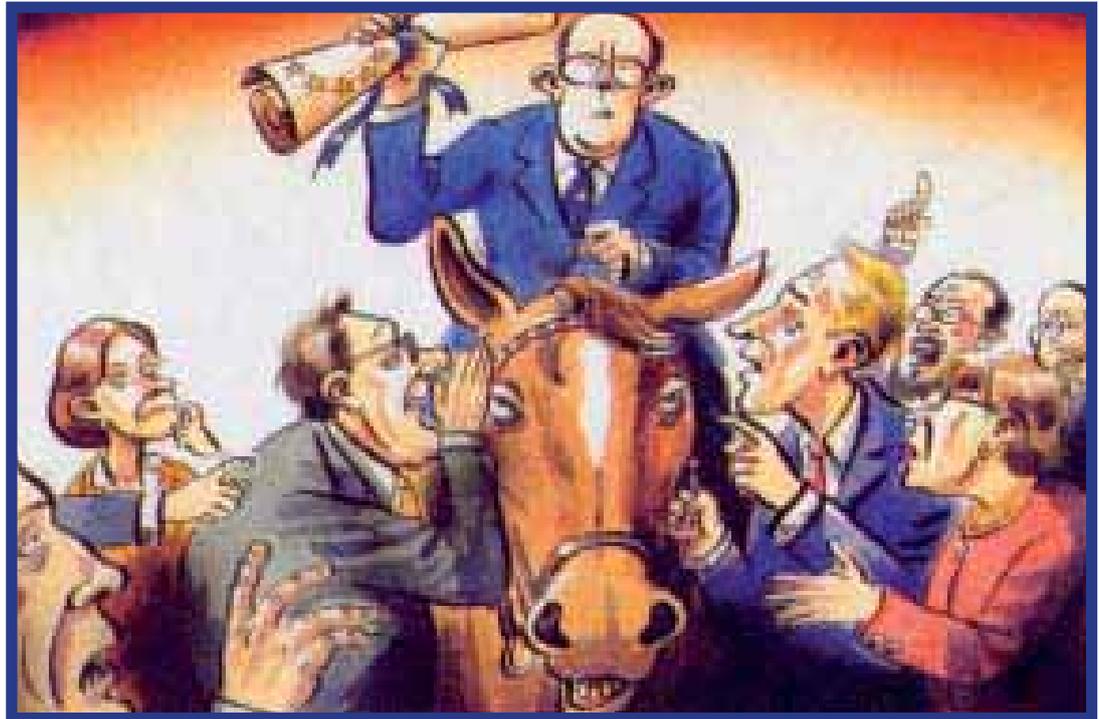
Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Elmar Altvater/Achim Brunnengräber Mit dem Markt gegen die Klimakatastrophe?	9
Einleitung und Überblick	
Miranda A. Schreurs Was uns die bisherigen Erfahrungen lehren	21
Ralf Ptak Wie ein Markt entsteht und aus Klimamüll eine Ware wird	35
Andreas Fisahn Vollzugsdefizite im künstlichen Markt	51
Bernd Brouns/Uwe Witt Klimaschutz als Gelddruckmaschine	67
Uwe Witt/Florian Moritz CDM – saubere Entwicklung und dubiose Geschäfte	88
Ralf Schäfer/Felix Creutzig Klimaschutz durch globale Steuern oder Emissionshandel?	106
Tilman Santarius Fairhandeln im Treibhaus	119
Achim Brunnengräber Klima-Kapitalismus der Europäischen Union	133
Elmar Altvater Kohlenstoffzyklus und Kapitalkreislauf – eine »Tragödie der Atmosphäre«	149

Edward Nell/Willi Semmler/Armon Rezai Wirtschaftswachstum und Globale Klimaerwärmung	169
Adelheid Biesecker/Uta v. Winterfeld Wider die Kolonialisierung im Klimaregime	185
Mohssen Massarrat Eine neue Philosophie des Klimaschutzes	199
Lutz Mez/Achim Brunnengräber Auf dem Weg in die Zukunft – Erneuerbare Energien	216
Die AutorInnen	235

Regina Viotto/Andreas Fisahn (Hrsg.)

Europa am Scheideweg



Kritik des EU-»Reformvertrags«

VSA

In Kooperation mit dem
Wissenschaftlichen Beirat von 

Regina Viotto/Andreas Fisahn (Hrsg.)

Europa am Scheideweg

Kritik des EU-»Reformvertrags«

In Kooperation mit dem
Wissenschaftlichen Beirat von Attac

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.attac.de/ueber-attac/beirat/neu/

© VSA-Verlag 2008, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-288-8

Inhalt

Regina Viotto/Andreas Fisahn Einleitung	7
Pierre Khalfa Brauchen wir eine europäische Verfassung?	17
Andreas Fisahn/Regina Viotto Der Lissaboner Vertrag ist die neoliberale Verfassung der Europäischen Union	28
Anne Karrass Aus Lissabon nichts Neues?	53
Wirtschaftspolitische Bestimmungen des Vertrags von Lissabon	
Jörg Huffschmid Das »Europäische Sozialmodell« – Nebelkerze oder politisches Konfliktfeld?	68
Lars Niggemeyer 30-Stunden-Woche für Europa	79
Bernd Lange Lissabon im Kontext denken	95
Der neue Vertrag von Lissabon und die Herausforderungen für die Gewerkschaften	
Bill Bowering Das Vereinigte Königreich und der Verfassungsvertrag	118
Willem Bos Die Debatte über die Europäische Verfassung in den Niederlanden	137
Christian Felber Die politische Diskussion über den EU-Reformvertrag in Österreich	147
Sven Giegold Wie können wir ein gerechtes Europa erreichen?	164
Nach der Blockade des Verfassungsvertrags	

Elmar Altvater/Nele Hirsch/
Gisela Notz/Thomas Seibert u.a.

»Die letzte Schlacht gewinnen wir!«

40 Jahre 

1968



Bilanz und Perspektiven

Herausgegeben von **dielinke.SDS**

VSA

In Kooperation mit



Brunnengräber, Achim; Dietz, Kristina; Hirschl, Bernd; Walk, Heike; Weber, Melanie;

Das Klima neu denken



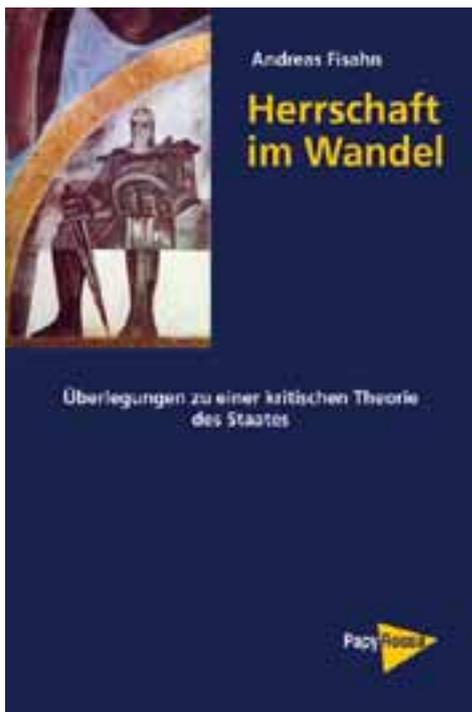
Eine sozial-ökologische Perspektive auf die lokale, nationale und internationale Klimapolitik

2008 - 253 S. - € 24,90 -
ISBN: 978-3-89691-732-4

Erschienen: November 2008

Auf Grund der mühsamen Klimaverhandlungen in den letzten fünfzehn Jahren, der geringen Fortschritte beim Klimaschutz und den nach wie vor steigenden CO₂-Emissionen können sich die Hoffnungen auf einen weitreichenden Klimaschutz nicht allein auf die internationale Politik stützen. Die dort verabschiedeten

Instrumente werden in ihrem Wirkungsgrad und ihrer Reichweite dem komplexen Problem Klimawandel nicht gerecht. Der vorliegende Band identifiziert die Blindstellen der internationalen Klimapolitik aus verschiedenen Blickwinkeln und analysiert den Klimawandel als tiefgreifende Krise gesellschaftlicher Entwicklung. Auf diese Weise wird eine neue Perspektive auf die vielschichtige Problemstruktur des Klimawandels möglich, die politisch-ökonomische, sozio-kulturelle und sozial-ökologische Dimensionen umfasst.



Andreas Fisahn:

Herrschaft im Wandel

Ein Überlegungen zu einer kritischen
Theorie des Staates

410 Seiten

ISBN 978-3-89438-391-6

EUR 22,90 [D] / EUR 23,70 [A] /
SFR 41,00

erschienen im März 2008

Andreas Fisahn

Prof. Dr. jur. (*1960), lehrt an der Universität Bielefeld öffentliches Recht.

Andreas Fisahn diskutiert Ansätze kritischer Staatstheorien unterschiedlicher Herkunft und aus unterschiedlichen historischen Perioden und prüft sie auf ihre heute noch gültige Substanz. So werden gleichbleibende Elemente des Staates ebenso sichtbar wie dessen Wandel. Im Zentrum steht dabei die Frage, über welche Mittel und Methoden der moderne bürgerliche Staat soziale Herrschaft, d.h. eine ungleiche Macht- und Chancenverteilung, organisiert und stabilisiert. Die theoriegeschichtliche Diskussion mündet in eine Zeitdiagnose. Sie seziert die Charakteristika des neoliberalen Staates in Gestalt neuer Formen der Entdemokratisierung und erdrückender Vorherrschaft ökonomischer Logik und untersucht deren Folgen für die gesellschaftliche Entwicklung.



Jörg Huffs Schmid
Wie geht Privatisierung?
Hintergründe – Widerstände – Alternativen
AttacBasisTexte 28
96 Seiten (Winter / Frühjahr 2008 / 2009)
EUR 6.50 sFr 12.00
ISBN 978-3-89965-251-2

Kurztext: Dieser AttacBasisText klärt nicht nur darüber auf, was unter Privatisierungsprozessen im Detail zu verstehen ist, sondern diskutiert, wie Widerstände organisiert werden können und welche Alternativen zu dieser Enteignungsökonomie denkbar sind.

Die erste globale Welle der Privatisierung datiert auf die 1960er Jahre. Vor allem in Westeuropa wurden damals verstaatlichte Industrien re-privatisiert. Die derzeitige neoliberale Privatisierung geht freilich darüber hinaus: Nunmehr wird selbst dort die Frage des formellen Eigentums gestellt, wo dies bislang undenkbar war, wie z.B. in Bezug auf allgemeine natürliche Ressourcen wie Wasser, Seen und Wälder sowie auf Bereiche des sozialen Zusammenhalts wie Bildung und Gesundheit.

Jörg Huffs Schmid legt besonderes Augenmerk auf die widersprüchlichen Aspekte, die Ansatzpunkte zu Widerstand gegen den "Ausverkauf der Welt" ermöglichen. Konzepte wie Wiederaneignung, Solidarische Ökonomie, reale Demokratisierung werden ausführlich erörtert. Einen Schwerpunkt bilden die europäische Privatisierungspolitik und die Grundprinzipien eines starken und demokratischen öffentlichen Sektors in der EU.

Der Autor

Jörg Huffs Schmid ist em. Professor für Politische Ökonomie und Wirtschaftspolitik an der Universität Bremen, Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und des Wissenschaftlichen Beirats von attac. Er veröffentlichte u.a. "Politische Ökonomie der Finanzmärkte" (Hamburg 1999) und ist Mitherausgeber des Bandes "Finanzinvestoren: Retter oder Raubritter? Neue Herausforderungen durch die internationalen Kapitalmärkte" (Hamburg 2007).



Peter Wahl u.a.

Entwaffnet die Märkte!

Die Zeit ist reif: Demokratische Kontrolle der Finanzmärkte

AttacBasisTexte 32

96 Seiten (Dezember 2008)

EUR 6.50 sFr 12.00

ISBN 978-3-89965-309-0

Kurztext: "Entwaffnet die Märkte!" war der erste Slogan der vor dem Hintergrund der Finanzkrise in Südostasien 1998 gegründeten Bewegung Attac. Er ist so aktuell wie nie zuvor: Die Zeit ist reif – für eine Demokratische Kontrolle der Finanzmärkte.

Derzeit stecken wir erneut mitten in einer Krise. In deren Kern steht der starke Anstieg der Vergabe von Subprime-Hypotheken an US-Haushalte und das korrespondierende Verfahren der Verbriefung, durch das diese Kredite an Finanzinstitutionen und Haushalte in den USA und weltweit weiterverkauft wurden. Diese Entwicklungen führen zu einer enormen Aufblähung der Finanzmärkte. Ihre Effekte führten auch zu der Finanzmarktkrise, in der die Weltwirtschaft derzeit steckt.

Es ist Zeit für eine echte Umkehr! Sie muss darauf gerichtet sein, die Dominanz der Finanzmärkte über die Realökonomie zu brechen: Gefordert wird:

- die Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen (inklusive Devisentransaktionen), um Spekulation zu reduzieren, die Geschwindigkeit der Finanzmärkte zu verlangsamen und die Kurzfristorientierung der Finanzmärkte zu reduzieren.
- Die progressive Besteuerung von Kapitaleinkommen. Einer der wesentlichen Faktoren für das Anschwellen der Finanzmärkte ist die steigende Konzentration von Vermögen. Deshalb ist eine substanzielle Umverteilung von Einkommen und Vermögen von oben nach unten ebenso notwendig wie die Reduzierung von Anreizen für exzessive Profite, um den Finanzmärkten Grenzen zu setzen und sie zu stabilisieren.
- Die Privatisierung der Sozialsysteme und wichtiger öffentlicher Infrastrukturen
- wie Energie oder die Bahn – muss gestoppt, bzw. rückgängig gemacht werden.

Sambale, Jens; Eick, Volker; Walk, Heike (Hrsg.);

Das Elend der Universitäten



Neoliberalisierung deutscher Hochschulpolitik

2008 - 237 S. - € 24,90 -
ISBN: 978-3-89691-734-8

Universitäten dienen in ihrer grundlegendsten Funktion der Reproduktion von staatlichen wie wirtschaftlichen Eliten. Hatte man es in diese Elite geschafft, bot das Ideal der Freiheit von Lehre und Forschung einen Möglichkeitsraum zur Entfaltung emanzipatorischer wissenschaftlicher Projekte. Mit der Bildungsreform schien es, als könne sich unter dem Banner der Gruppenuniversität das Projekt der Bildungsreform zur gesellschaftsverändernden Praxis entwickeln. Stattdessen zeigen die versammelten Resümees von SozialwissenschaftlerInnen, die grob der '68-Generation zugerechnet werden können, die negativen Auswirkungen der Ökonomisierung der Universitäten durch den gegenwärtigen neoliberalen Reformkurs und die damit verbundenen Gefahren für die "Freiheit der Wissenschaft" auf. Es schreiben: Heidrun Abromeit, Astrid Albrecht-Heide, Elmar Altvater, Rudolf Bauer, Frank Deppe, Hans-Jürgen Krysmanski, Maria Mies, Wolfgang Neef, Heinz Steinert, Günter Thien, Claudia von Werlhof und Bodo Zeuner.

Isidor Wallimann (Herausgeber)

Sozialpolitik nach Verursacherprinzip

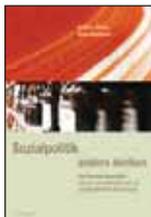
Beispiele der Anwendung aus
Arbeit, Gesundheit, Sucht, Schule und Wohnen

220 Seiten, 23 Abbildungen, kartoniert
EUR 32.– / CHF 49.– (UVP)
ISBN 978-3-258-07326-2
Erscheint im Juni 2008



Der Wohlfahrtsstaat stösst ständig an neue finanzielle Grenzen. Unter anderem, weil heute die Instrumente der Sozialen Sicherung allzu leicht missbraucht werden können, sei es im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder bei Sucht und Wohnungsproblemen. Die Anwendung des Verursacherprinzips kann dieser Tendenz Einhalt gebieten. In der Umweltpolitik wurde das Verursacherprinzip als Instrument weiter entwickelt und erfolgreich angewendet – juristisch, ökonomisch und gesellschaftspolitisch. Diese Erfahrung soll nun auf die Sozialpolitik übertragen werden. Das Verursacherprinzip geht davon aus, dass Akteure für ihr Verhalten verantwortlich sind und zur Übernahme dieser Verantwortung verpflichtet werden müssen. Ob und wie das Verursacherprinzip aber in der Sozialpolitik Anwendung finden könnte, darüber herrscht noch grosse Ratlosigkeit und Uneinigkeit. Das vorliegende Buch soll – wie die ihm vorausgehende Grundlage **«Sozialpolitik anders denken»**, (Haupt 2004) – den Weg dafür öffnen, das Verursacherprinzip auch in der Sozialpolitik zu denken und anzuwenden. Damit wird die Allgemeinheit entlastet und darf aufhören, die Interessen von wenigen zu subventionieren.

Isidor Wallimann ist Professor an der University of North Texas (USA), zuvor Professor für Soziologie, Wirtschaftswissenschaften und Sozialpolitik an der Fachhochschule für Soziale Arbeit beider Basel und Lehrbeauftragter für Sozialpolitik an der Universität Freiburg/Schweiz.



Esteban Piñero, Isidor Wallimann

Sozialpolitik anders denken

Das Verursacherprinzip - von der umweltpolitischen zur sozialpolitischen Anwendung
2004. 147 Seiten, 20 Tabellen, kartoniert
EUR 32.– (D) / CHF 48.– (UVP)
ISBN 978-3-258-06660-8

[Pressestimmen zum Buch](#)

Bestellschein

Haupt Verlag, Falkenplatz 14, CH-3001 Bern, www.haupt.ch

Haupt-Bücher sind im Buchhandel erhältlich
oder in der Schweiz direkt bei der Haupt Buchhandlung (Fax 031 309 09 10, buchhandlung@haupt.ch)

_____ Ex. Isidor Wallimann (Hrsg.)
Sozialpolitik nach Verursacherprinzip
Beispiele der Anwendung aus Arbeit, Gesundheit,
Sucht, Schule und Wohnen
220 Seiten, 23 Abbildungen, kartoniert
EUR 32.– (D) / CHF 49.– (zzgl. Versandkosten)
ISBN 978-3-258-07326-2 (Erscheint im Juni 2008)

_____ Ex. Esteban Piñero, Isidor Wallimann
Sozialpolitik anders denken
Das Verursacherprinzip - von der umweltpolitischen
zur sozialpolitischen Anwendung
2004. 147 Seiten, 20 Tabellen, kartoniert
EUR 32.– (D) / CHF 48.– (zzgl. Versandkosten)
ISBN 978-3-258-06660-8

Name/Vorname: _____

Strasse/PLZ/Ort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Haupt